

MIETEN, KAUFEN, BAUEN, SPEKULIEREN:

WEM GEHÖRT DIE STADT?

STACHILIGE GRÜNE
ARGUMENTE

Zeitung des Landesverbandes Berlin 2/2015 Ausgabe 193



- » Pädophilie: Die Schatten der Vergangenheit
- » Tierversuche: Humane Alternativen fördern
- » Partnerschaft mit Charkiw in der Ukraine

Inhalt

MIETENPOLITIK

Editorial 3
 Bezahlbar – Lebenswert – Demokratisch:
 Eine Quote für die soziale Stadt 6
 Die rot-schwarze Mietpolitik auf dem Prüfstand:
 In schönen Worten kann man nicht wohnen 7
 Bauen, ja! Aber doch nicht hier!
 Gefangen in der Beteiligungsfalle 8
 Mietenvolksbegehren:
 Anstoß für eine notwendige Debatte 10
 Fehlgeleitete Förderung:
 Sozialwohnungen wieder sozial machen. 11

AKTUELLES

Grüne Aufarbeitung Pädophilie:
 Verantwortung für die Fehler der Vergangenheit 12
 Die Heinrich-Böll-Stiftung stellt sich vor 14
 So arbeitet das Bildungswerk Berlin 15
 Ein BürgerInnenticket für Berlin: Wie realistisch ist ein
 solidarisch finanzierter öffentlicher Nahverkehr? 16
 Sport ist mehr als nur höher, schneller, weiter 18
 Hauptstadt der Tierversuche:
 Leiden in der Sackgasse der Forschung 21
 Solidarische Ökonomie:
 Gewinn für die Gesellschaft statt Höchstprofit. 22
 Berlin – Stadt der Arbeit:
 Boom geht an vielen Beschäftigten vorbei. 23
 Der grüne Elternkongress:
 Was brauchen Familien in Berlin? 24
 Streit um die Volksbühne:
 Kulturlandschaft im Umbruch 25
 Konkrete Hilfe ist möglich: Lebendige
 Städtepartnerschaft mit Charkiw in der Ukraine 26

AUS LÄGEN UND KVEN

Pankow: Geflüchtete menschenwürdig unterbringen 28
 Friedrichshain-Kreuzberg: Nackt und zerhackt. 28
 Tempelhof-Schöneberg: Weiße FußgängerInnen 29
 Lichtenberg: Meine Energiewende. 30

AUS DER FRAKTION

Familienpolitik für den Bezirk. 30
 ÖPNV attraktiv machen:
 Tram-Tangente Mahlsdorf-Adlershof 31
 Grüner Gesundheitsberufetag:
 Für eine Roadmap Gesundheitsbildung 32
 Umweltschutz: 1000 grüne Dächer für Berlin. 32
 Quo vadis Flughafengebäude Tempelhof?
 Neue Nutzung als Kulturhafen! 33

RUBRIKEN

Impressum 34
 Ausschreibung Green Igelz. 34
 Lokale AnsprechpartnerInnen. 34
 Inhaltliche AnsprechpartnerInnen. 35
 Termine 35

Editorial

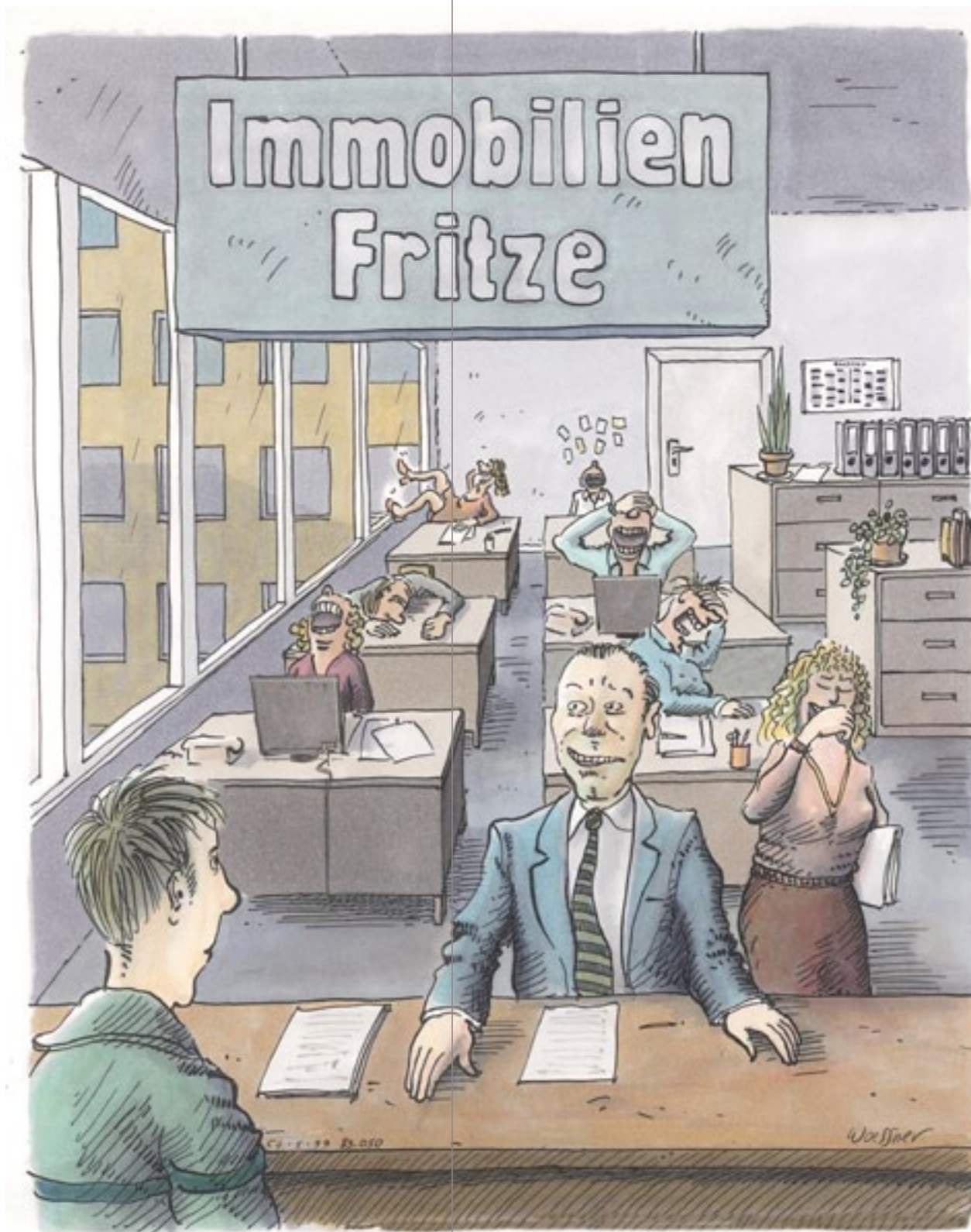
Liebe Leserin, lieber Leser,

immer mehr Menschen zieht es nach Berlin, ob zum Leben, Arbeiten oder als TouristInnen. Diese Entwicklung geht am Wohnungsmarkt nicht vorbei. Die Politik muss die Herausforderungen der wachsenden Stadt annehmen und den Wandel gestalten. Welche Antworten geben Bündnis 90/Die Grünen auf steigende Mieten und zunehmende Nutzungskonflikte? Das ist das Schwerpunktthema in dieser Ausgabe der Stachligen Grünen Argumente.

Außerdem beschäftigen wir uns mit einem düsteren Kapitel der Parteigeschichte: der Aufarbeitung der Fehler, die vor 20, 25 Jahren beim Umgang mit Pädophilen gemacht wurden, Fehler, an denen die damalige Redaktion der Stachligen Argumente direkt beteiligt war. Schließlich waren die „Argumente“ eine der Plattformen, auf denen damals die Debatte um die Pädophilie geführt wurde – und auch die Pädophilie-BefürworterInnen sich ungeniert zu Wort melden durften..

Wie lassen sich die ökonomischen Interessen eines Unternehmens gewinnbringend für die ganze Gesellschaft einsetzen? Können wir in Berlin einen effizienten Nahverkehr entwickeln, der über das BürgerInnenticket auch noch solidarisch finanziert wird? Diese und weitere spannende Themen warten auf Euch auf den kommenden Seiten. Wir freuen uns über Anregungen und Kritik.

Die Redaktion



„Eine Wohnung, sagen Sie? Und nicht zu teuer?“

Zeichnung: Freimut Woessner



Wie weiter mit Bauen und Wohnen?

Kann man den Senat per Gesetz dazu zwingen, den sozialen Wohnungsbau so zu fördern, dass künftig jedeR eine erschwingliche Wohnung findet? Darum geht es beim Mietenvolksentscheid, für dessen Durchführung zig tausende BerlinerInnen ihre Unterschrift gaben. Mindestens 40 Prozent des Wohnungsbestandes sollen gemeinnützigen Zielen dienen, fordern unterdessen die Berliner Grünen. Außerdem: Die Stadt braucht 50 000 neue Wohnungen. Nur: Wo und wie sollen die entstehen, wenn Neubauprojekte auch immer wieder vehemente Proteste der AnwohnerInnen hervorrufen? Die eine einfache und leicht umzusetzende Lösung auf Berlins Wohnungs- und Mietenproblem gibt es sicher nicht. Doch eines ist mehr als offensichtlich: Die für MieterInnen und vor allem Wohnungssuchende angespannte Lage auf dem Immobilienmarkt ist im wesentlichen eine Folge verfehlter Senatspolitik. Und weil explodierende Mieten auch in einer wachsenden Stadt kein Naturgesetz sind, lässt sich dagegen etwas tun.

Vom ersten Tag an volle Stände für den Mietenvolksentscheid
Foto: Mietenvolksentscheid
Berlin/CC BY-NC-ND 2.0



Bezahlbar – Lebenswert – Demokratisch

Eine Quote für die soziale Stadt



Berlin braucht neuen und bezahlbaren Wohnraum. Die Politik muss Immobilienspekulation eindämmen, soziale Verdrängung verhindern, demokratische Stadtentwicklung fördern. Ein mittelfristiges Ziel: 40 Prozent des Wohnungsbestandes werden gemeinnützigen Zielen verpflichtet. So lauten die Kernaussagen der Entschließung, die die Landesdelegiertenkonferenz der Grünen unter dem Motto „Bezahlbar – Lebenswert – Demokratisch“ zum Thema Stadtentwicklung und Mieten verabschiedete.

Bezahlbar ist ihr Wohnraum für viele BerlinerInnen nicht mehr. Zwar fielen nach jüngstem Mietspiegel – entgegen anderer Statistiken – die Erhöhungen nicht so drastisch wie befürchtet aus, stieg die Durchschnittskaltmiete seit 2013 jährlich „nur“ um 2,7 Prozent auf nun 5,84 Euro pro Quadratmeter, doch von Entwarnung kann nach Meinung von Katrin Schmidberger, der mietenpolitischen Sprecherin der grünen Abgeordnetenhausfraktion, und ihrem Kollegen Andreas Otto, dem baupolitischen Sprecher, nicht die Rede sein. Ein Grund für die vom Senat vorgelegten Zahlen: Wegen des mangelnden Angebots ziehen weniger Menschen um, gibt es weniger Neuvermietungen mit entsprechenden Aufschlägen. Und: Auch nach diesem Mietspiegel stiegen die Mieten schneller als die Einkommen.

Berlin so teuer wie München?

Laut Immobilienverband Deutschland liegen Berlin und München bei den Mieten gleichauf. Zwölf Euro beträgt nach Verbands-Statistik der durchschnittliche Quadratmeterpreis in München, in Berlin 8,55. Doch da der durchschnittliche Münchner Haushalt jährlich 10 000 Euro mehr zur Verfügung hat, bedeutet das: In München verschlingt die Miete 23,7 Prozent vom Einkommens, in Berlin 22,9 Prozent.

„Berliner Mischung“ muss verteidigt werden

Kaum noch erschwingliche Mieten sind aber nicht allein ein Problem der Privathaushalte. Ebenso betroffen sind viele Gewerbetreibende, alteingesessene, aber kapitalschwache Handwerksbetriebe und Geschäfte wie Start-Up-Unternehmen. Die werden aus ihren Betriebsräumen verdrängt wie Arbeitslose und RentnerInnen aus ihren Wohnungen. Die ohnehin schon bröckelnde „Berliner Mischung“, einst geprägt von Kiezen, in denen Menschen aller Bevölkerungsschichten lebten, in denen man arbeiten, einkaufen, die Freizeit verbringen konnte, droht, endgültig zu verschwinden.

Doch auch in einer wachsenden Stadt sind steigende Mieten kein Naturgesetz, stellt die

Entscheidung fest. Die aktuelle Entwicklung ist weitestgehend Ergebnis einer falschen Senatspolitik, der Privatisierung städtischen Wohnungseigentums, der Aufgabe von Sozialbindungen, jahrelanger Untätigkeit beim Kampf gegen die Zweckentfremdung.

So sollte nun nach grünen Vorstellungen die Politik dagegenhalten:

➤ Mietsteigerungen werden mit allen zur Verfügung stehenden bundes- und landespolitischen Mitteln begrenzt – durch Ausweitung der Gebiete mit sozialer Erhaltungssatzung, durch städtebauliche Verträge.

➤ Für die städtischen Wohnungsgesellschaften legt eine Belegungsquote fest: ein Drittel der Wohnungen geht an Haushalte im Transferleistungsbezug, ein Drittel an InhaberInnen eines Wohnberechtigungsscheins, maximal ein Drittel steht dem freien Markt zur Verfügung.

➤ Schließlich sollen mit einem ausfinanzierten Förderprogramm, der Vergabe zinsloser Darlehen, innerhalb von zehn Jahren 50 000 neue Wohnungen für GeringverdienerInnen und Menschen mit Transferleistungen gebaut werden, nicht nur durch die städtischen Wohnungsgesellschaften, sondern auch durch Genossenschaften und private Bauherren.

Für den Erfolg solcher Förderprogramme muss aber strikt auf die Einhaltung einer ehernen Regel geachtet werden: Wo immer öffentliche Mittel eingesetzt werden, hat die Versorgung der finanzschwachen Haushalte Vorrang, gibt es langfristige Belegungsbindungen, gilt das Prinzip der sozialen Miete.

df

Die rot-schwarze Mietenpolitik auf dem Prüfstand

In schönen Worten kann man nicht wohnen

„Der Senat will die „Berliner Mischung“ in den Kiezen und Mietwohnungsquartieren erhalten bzw. wieder herstellen.“ So steht es in den „Richtlinien der Regierungspolitik 2011-2016“, die sich der rot-schwarze Senat unter dem Regierenden Bürgermeister Wowereit zu Beginn der Legislaturperiode gegeben hat.

Ein hehres Ziel angesichts der Entwicklung auf dem Berliner Mietmarkt, die schon seit mindestens zehn Jahren immer mehr Menschen aus ihren angestammten Kiezen verdrängt – aber nach dreieinhalb Jahren Regierungszeit könnten ja schon erste sichtbare Ergebnisse zu erwarten sein. Sollte man meinen. Oder sieht der Senat doch nur zu, wie kostengünstiger Wohnraum verschwindet, wie die mietenpolitische Sprecherin Katrin Schmidberger und der baupolitische Sprecher Andreas Otto kürzlich erklärten? Einige Beispiele.

Die jüngste Mietspiegelentwicklung scheint die Senatspolitik auf den ersten Blick zu bestätigen: Die Mieten sind im Vergleich zu 2013 weniger stark gestiegen, als zunächst befürchtet. Doch solange sie weiterhin schneller steigen als die Reallöhne der BerlinerInnen, ist das nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Und der Mietspiegel wird von verschiedenen Seiten stark in Frage gestellt, jüngst schürte ein Gerichtsurteil grundlegende Zweifel an seiner Auswertungspraxis und Rechtssicherheit. Also nicht wirklich eine Bestätigung für die Mietenpolitik der Regierung.

Seit Jahren angekündigt wurde auch eine Umwandlungsverordnung, mit der einer der großen Mietpreistreiber, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, untersagt oder zumindest eingeschränkt kann. Laut einer Senatsstudie liegen die Mieten in umgewandelten



Wohnungen bis zu einem Drittel höher als in vergleichbaren Mietwohnungen. Dennoch passierte jahrelang nichts, die SPD ließ sich hier von der CDU ausbremsen, stellte den Koalitionsfrieden über das Grundbedürfnis der Bevölkerung nach bezahlbarem Wohnraum. Im März wurde die Verordnung dann endlich im Senat beschlossen – zu spät für die 25 000 seit 2011 umgewandelten Wohnungen. Ebenfalls kein Ruhmesblatt für Rot-Schwarz.

Diese Verordnung kann jedoch nur in sogenannten sozialen Erhaltungsgebieten, den Milieuschutzgebieten, angewandt werden. Davon gibt es in Berlin derzeit 21, mittelfristig könnten noch elf dazukommen. Die Mehrzahl dieser Gebiete, in denen ausufernden Mietsteigerungen aktiv entgegengewirkt

werden kann, liegt in Pankow, Friedrichshain-Kreuzberg und Tempelhof-Schönberg – Bezirke mit Grünen BaustadträtInnen. Im boomenden Szenebezirk Neukölln hingegen verhindern und verzögern SPD und CDU weiterhin den dringend gebotenen Milieuschutz.

18 Seiten hat das Stadtentwicklungskapitel im 100-seitigen Koalitionsvertrag von 2011 und viel Gutes lässt sich darin zu Mieten, Wohnen und Bauen lesen. Doch wenn man genauer hinsieht, sind diese ganzen schönen Absichtserklärungen überall mit sprachlichen Hintertürchen versehen. Der Senat scheint diese auch unter dem jetzigen Regierenden Bürgermeister Müller weiter fleißig zu nutzen. Und manche Bezirke tun es ihm nach.

ANNETTE HEPPPEL

Besetzte Häuser – In Berlin kein neues Phänomen und für manche immernoch die einzige Möglichkeit zu Wohnraum zu kommen. Foto: Björn Kietzmann

Bauen, ja! Aber doch nicht hier!

Gefangen in der Beteiligungsfalle

Die Devise von Jens-Holger Kirchner, grüner Bausstadtrat in Pankow, für den Mauerpark lautet: So viel Grün wie möglich, so viel bauen wie nötig. Nach dieser Devise ist er mit der aktuellen Planung für die Entwicklung des Geländes durchaus zufrieden: Die vorhandene Parkfläche wird um fünf Hektar erweitert, auf einer anderen Fläche von 3,5 Hektar entstehen rund 700 Wohnungen. 120 dieser Wohnungen gehen an eine städtische Wohnungsbaugesellschaft, werden mit einem festgesetzten Preis vermietet, zusätzlich entstehen Wohnungen für Studierende, SeniorInnen, es gibt eine Kita und weitere Sozialeinrichtungen.

Doch das Mauerpark-Projekt an der Bezirksgrenze von Mitte und Pankow ist umstritten wie kaum ein anderes Bauvorhaben. Der Investor will schließlich mit Luxus- und Eigentumswohnungen Gewinn erzielen und das erregt das Misstrauen. So warnen die KritikerInnen vor einer baulichen Verdichtung auf Kosten der Grün- und Freiflächen, fürchten die Gentrifizierung des Viertels, trommelten unter dem Motto „100 Prozent Mauerpark“ für ein BürgerInnenbegehren. Aber obwohl sich etliche Grün-WählerInnen und Parteimitglieder unter den UnterstützerInnen dieser „Mauerpark-Allianz“ finden, kann Jens-Holger Kirchner deren grundsätzliches Nein zum Bauvorhaben nicht nachvollziehen. Denn, so Kirchner, als Ergebnis aller Verhandlungen seien doch auch grüne Forderungen erfüllt.

Wer „Nein“ sagt, führt auch meist das Wort

Da der Mauerpark-Bebauungsplan sich „nur“ auf Mitte bezieht, ist der grüne Stadtrat zwar nicht direkt beteiligt – doch dass Neubauvorhaben im ersten Moment selten die Gegenliebe der NachbarInnen finden, musste er oft genug auch in Pankow erfahren, zum Beispiel in der Michelangelostraße. Da sollen bis zum Jahr 2020 immerhin 2700 Wohnungen, dazu eine Schule, ein Sportplatz, ein Einkaufszentrum und etliches mehr entstehen. Nur: Eine Freifläche, die bisher

als Parkplatz dient, gibt es dann nicht mehr – und das stößt bei manchen auf massiven Widerstand, auf generelle Ablehnung.

Kirchner: „Auf Anwohnerversammlungen sind meist die, die ein Bauvorhaben generell ablehnen, die Wortführer. Wer einem Projekt neutral oder vielleicht sogar positiv gegenübersteht, äußert sich dagegen kaum.“ Dazu kommt, dass die Beteiligungsverfahren bei manchen BürgerInnen eine Illusion schüren. Der Stadtrat: „Viele glauben, sie könnten entscheiden, dass gar nicht gebaut wird. Dabei hat letztlich die Bezirksverordnetenversammlung für Bebauungspläne oder die Verwaltung für Bauanträge oder im Streitfall das Gericht über ein Vorhaben zu entscheiden und das allein nach geltenden Baurecht.“

Beteiligungsfalle nennt Kirchner dieses Missverständnis, das auch die Partei vor Ort vor eine Zerreißprobe stellen kann. Wie man damit umgeht? In der ersten Phase, so besteht Kirchner auf die uneingeschränkte Umsetzung der vorgeschriebenen Beteiligungsverfahren, müssen die BürgerInnen umfassend und präzise über einen Neubau informiert werden. Doch für die Werkstattverfahren, für die inhaltlichen Diskussionen müssen Politik, Verwaltung und auch InvestorInnen nach Verbündeten suchen, nach AnwohnerInnen, die an einem Projekt zwar ihre Kritik äußern,

Änderungsvorschläge einbringen, aber keine Ablehnungsfront bilden. Kirchner: „Sich in einem Werkstattverfahren mit absoluten Nein-Sagern auseinanderzusetzen, ergibt nicht viel Sinn.“

Total-Verweigerung und verbal-radikaler Protest

Doch denen, die auf ein Bauvorhaben kritisch-konstruktiv einwirken wollen, müsse eines klar sein: „Der Protest der grundsätzlichen Verweigerer hat sich in den letzten Jahren radikalisiert.“ Und selbst den Nazi-Vorwurf, so weiß Kirchner, hätte sich manch Bau-BefürworterInnen schon anhören müssen.

Die Grünen in Tempelhof-Schöneberg mussten sich jedenfalls schon als „Betongrüne“ beschimpfen lassen. Die grüne Baustadträtin Sibyll Klotz spricht trotzdem lieber von ihren positiven Erfahrungen mit BürgerInnenbeteiligung.

Ihr Beispiel dafür: Auf dem Gelände des einstigen Güter-



Das Transparent am Oberbaum-Dreieck bringt es auf den Punkt.
Foto: Caro Eickhoff/
blogs.taz.de/streetart

Beteiligung – verbrieftes Recht

Dass die BürgerInnen an einer Bauleitplanung „beteiligt“ werden, ist nach § 3 des Baugesetzbuches sogar ihr gutes Recht.

Vorgeschrieben ist zunächst eine öffentliche Bekannt-

machung aller Pläne, in der zweiten Phase haben die AnwohnerInnen die Gelegenheit, sich zu äußern. Wie das im einzelnen konkret funktionieren soll, überlässt das Bundesgesetz aber den einzelnen Kommunen.

bahnhofs Wilmersdorf am Innsbrucker Platz wollte der Investor ursprünglich ein Einkaufszentrum bauen. Als Ergebnis eines eineinhalbjährigen intensiven Beteiligungsverfahrens, nach vier BewohnerInnenversammlungen und zahllosen dabei gemachten Vorschlägen wurde daraus die Planung von neuen Wohnungen und einer großzügigen Grünfläche. Klotz: „Hier war die Bürgerbeteiligung eine klare Unterstützung für uns.“

Doch für diese Unterstützung mussten die Rahmenbedingungen stimmen. Die gut besuchten BürgerInnenversammlungen folgten dicht aufeinander, der zeitliche Rahmen des Werkstattverfahrens war klar begrenzt, die Kosten des breiter als gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsverfahrens wurden vom Investor übernommen. „Der Bezirk“, so Klotz, „hätte das gar nicht finanzieren können.“

Und noch eine Voraussetzung war am Innsbrucker gegeben: Hier hatte kein Streit um vorangegan-

gene Bauprojekte bei den AnwohnerInnen „verbrannte Erde“ hinterlassen. Denn auch diese Erfahrung hat Sibyll Klotz schon gemacht: „Beim Widerstand gegen ein Bauprojekt geht es oft gar nicht um dieses Bauvorhaben selbst, sondern darum, dass die Beteiligten sich bei einer vorangegangenen Planung mit ihren Positionen nicht durchsetzen konnten, übergangen fühlen, um alte Rechnungen.“ Was die grüne Kommunalpolitikerin besonders ärgert: „Es sind immer die gleichen Beteiligungseliten, die bei den Bürgerbeteiligungen ihren grundsätzlichen Protest organisieren, Leute mit der entsprechenden Bildung und der erforderlichen Zeit. Familien mit Kindern, Menschen mit Migrationshintergrund kommen da kaum zum Zug. Und gerade die müssten wir doch mit einbeziehen.“

Unverhoffte PartnerInnen für die Verweigerungsfrente

Aber auch die radikalsten Nein-SagerInnen finden manchmal unverhoffte Bündnispart-

nerInnen. Eigentlich sollte die Diskussion um den so genannten Wannseebahngraben längst abgeschlossen sein, mit der Anlage eines Spazier- und Radweges entlang der Bahnlinie begonnen werden. Dass dafür aber auch manches wild wuchernde Gehölz entfernt werden muss, ruft immer noch den Protest einer Initiative hervor, die das Projekt ganz verhindern oder wenigstens verzögern möchte. Und diese Initiative hat in der Bezirksverordnetenversammlung neuerdings die örtliche CDU als Bündnispartner, die damit gegen die rot-grüne Zählgemeinschaft Stimmung macht. Klotz: „Die CDU wird kaum glauben, unter dieser Klientel WählerInnenstimmen sammeln zu können. Aber sie wissen, dass in solchen Initiativen viele Leute aktiv sind, die traditionell grün wählen. Und jede Stimme, die uns fehlt, ist ein Gewinn für die.“

Mit solchen Interessenkonflikten umzugehen muss die Partei noch lernen.

Mietenvolksbegehren

Anstoß für eine notwendige Debatte

„Entscheide mit!“ lautet der Slogan des im April offiziell gestarteten Volksbegehrens gegen steigende Mieten, dessen erste Stufe mittlerweile abgeschlossen ist. Eine verlockende Aussicht angesichts des weit verbreiteten Gefühls, den seit Jahren anhaltenden Mietsteigerungen hilflos ausgeliefert zu sein. Doch worüber genau sollen wir mitentscheiden? Und wie bewerten die Grünen den Volksentscheid?

Die Ziele des Gesetzentwurfs

Durch ein „Gesetz über die Neuausrichtung der sozialen Wohnraumversorgung in Berlin“ sollen der Erhalt und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen festgeschrieben werden. Zu den Forderungen gehören neben der Errichtung eines Wohnraumförderfonds auch die Neuausrichtung der städtischen Wohnungsunternehmen am Gemeinwohl statt an Gewinnorientierung sowie mehr Mitbestimmung der MieterInnen. Der Volksentscheid darüber soll im September 2016 parallel zur Abgeordnetenhauswahl stattfinden. In der ersten Stufe wurden mit 48.541 Unterschriften deutlich mehr als die erforderlichen 20.000 abgegeben.

Die Kostenschätzungen für die Auswirkungen des Volksbegehrens im Erfolgsfall gehen erwartungsgemäß deutlich auseinander: Der Senat prognostiziert 3,28 Milliarden Belastung für den Landeshaushalt sowie unabsehbare Folgen wie z.B. eine Schließung der Kitas, die Initiative spricht von 1,25 Milliarden. Die Wahrheit wird wohl wie so oft irgendwo in der Mitte liegen.



Mit großer Beachtung übergab das Mietenbündnis 48 541 Unterschriften.
Foto: Kalle Erlacher

Wie stehen die Grünen dazu?

Auf dem letzten Parteitag stand die Wohnungspolitik im Mittelpunkt und mit großer Mehrheit wurde der Leit Antrag dazu beschlossen (siehe Seite 6). Neben den Gesetzentwurf gelegt ergeben sich viele Übereinstimmungen, denn die zentralen Ziele des Volksbegehrens – wie die Erhöhung der Mittel für die soziale Wohnraumförderung oder die deutliche Aufstockung des Eigenkapitals der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften – haben auch wir bereits gefordert.

Es gibt jedoch auch Punkte, bei denen aus grüner Sicht Verbesserungsbedarf besteht. So würden durch die vorgeschlagenen Maßnahmen für den alten sozialen Wohnungsbau indirekt auch die VermieterInnen subventioniert. Auch den vorgesehenen Ankaufszwang zugunsten der EigentümerInnen lehnen wir ab. Ein grundlegendes Manko des Gesetzentwurfs: Er wirkt sich nur auf die landeseigenen Wohnungen und den sozialen Wohnungs-

bau aus, so dass er auch nur einem Teil der MieterInnen zugute kommt. Dies liegt zwar am gegebenen rechtlichen Rahmen für Volksbegehren, macht aber deutlich, dass das alles für eine Neuausrichtung der Wohnungspolitik nicht ausreichend ist.

Der grüne Landesvorstand hat das Volksbegehren begrüßt, auch weil es der wohnungspolitischen Debatte neuen Schwung gibt. In den nächsten vier Monaten muss das Abgeordnetenhaus entscheiden, wie es sich zu dem Gesetzentwurf verhält. Bleibt abzuwarten, ob sich Rot-Schwarz in der Wohnungspolitik endlich bewegt und auf Initiative und Opposition zugeht. Wir jedenfalls möchten diese Zeit nutzen und uns für einen Kompromiss zwischen allen Beteiligten einsetzen, den wir für durchaus möglich halten. Denn die beeindruckende Zahl an Unterschriften bereits in der ersten Stufe zeigt auch: Eine Neuausrichtung der Wohnungs- und Mietpolitik ist lange überfällig.

ANNETTE HEPPEL

Fehlgeleitete Förderung

Sozialwohnungen wieder sozial machen



Plattenbau in der Leipziger Straße
Foto: Kalle Erlacher

137.000 Sozialwohnungen gibt es zur Zeit noch in der Stadt, davon gehören 40.000 den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften. Deren Mieten sind aufgrund früherer politischer Fehler heute oft unbezahlbar geworden für genau diejenigen, für die diese Wohnungen eigentlich gedacht sind. Wer hier nicht gegensteuert, spielt mit dem sozialen Frieden in Berlin.

In 70 % der Berliner Sozialwohnungen liegen die Mieten über dem Mietspiegel und kommen damit gerade nicht den Einkommensschwachen zugute. Dabei sind ca. 40 % der MieterInnen im Sozialen Wohnungsbau von staatlichen Leistungen abhängig. Gerade für diese müssen dringend und schnell Lösungen erarbeitet werden, um die soziale Spaltung nicht noch mehr zu vertiefen, fordert Katrin Schmidberger, mietenpolitische Sprecherin der grünen Fraktion, nachdrücklich. Denn schon jetzt müssen GeringverdienerInnen und Menschen im Transferleistungsbezug über die Hälfte ihres Einkommens für die Miete ausgeben.

Wohnungspolitik ohne Sinn und Verstand

Lange wurden durch eine völlig absurde Förderpolitik künstlich hohe Baukosten produziert: Je höher die Kosten, desto mehr Förderung hat das Land bewilligt und durch Steuerabschreibungsmodelle wurde diese Förderung für manche sehr lukrativ. Teilweise können auch heute noch Kosten auf MieterInnen umgelegt werden, die gar nicht mehr anfallen. Solche „fiktiven Kosten“ werden oft auch von VermieterInnen erhoben, die diese selbst gar nicht hatten. Gleichzeitig steigen durch den planmäßigen Abbau der Förderung die Mieten weiter an.

Statt alle zur Verfügung stehenden Instrumente gegen steigende Mieten anzuwenden, propagiert Rot-Schwarz Neubau als einzige Lösung. Dieser Ansatz geht jedoch völlig am Bedarf vorbei. Denn der besteht in erster Linie bei günstigen Wohnungen für Einkommensschwache. Neubau ist jedoch

unter 8,50 €/qm nettokalt kaum machbar und Neubau nur in den gehobeneren Preisklassen entlastet den Wohnungsmarkt nicht da, wo es besonders nötig ist.

Wohnungspolitik ist auch Sozialpolitik

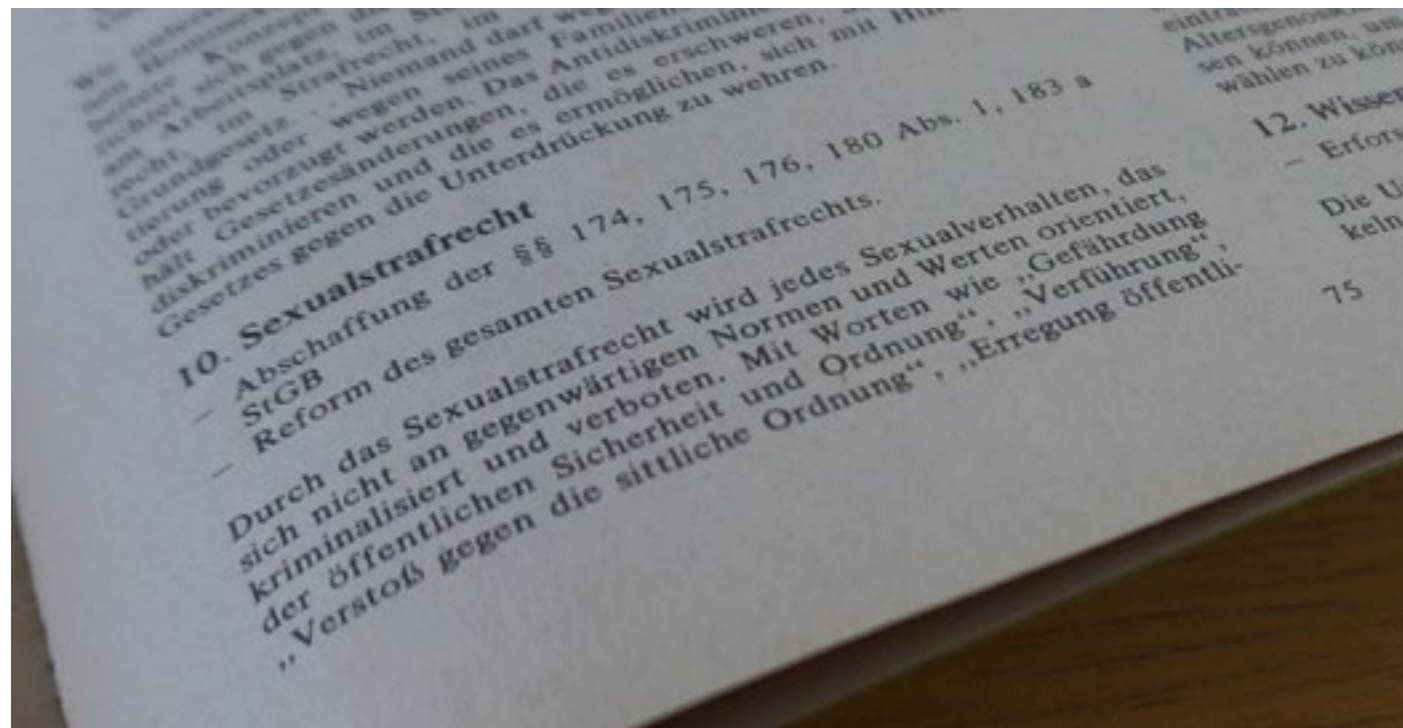
Sozialwohnungen müssen wieder diese Bezeichnung verdienen. Deshalb wollen die Grünen die sogenannte Soziale Richtsatzmiete einführen. Diese wird vom Land festgelegt und soll sicherstellen, dass Sozialwohnungen vor allem Familien mit Transferleistungsbezug und geringem Einkommen zugute kommen. Der Senat lässt jedoch weiterhin Mitnahmeeffekte zu Lasten der MieterInnen zu, da er dabei nicht auch die EigentümerInnen finanziell mit in die Pflicht zu nehmen will. Dafür müssten die Berechnungsgrundlagen für die Miethöhen – die sogenannten Kostenmieten – rechtlich geprüft werden. Berlin könnte selbst festlegen, dass frühere EigentümerInnen verpflichtet sind, damalige Kosten zu belegen und basierend darauf die realen Kostenmieten zu errechnen.

Doch nicht nur das Wohnungsgesetz müsste dafür geändert werden, Schmidberger fordert auch die Überprüfung aller ca. 800 Förderverträge und will in Kürze dazu ein Rechtsgutachten der Fraktion vorstellen: „Wir werden den Senat weiter treiben, damit Sozialwohnungen gerade für die Menschen wieder bezahlbar werden, für die sie gebaut wurden.“ Vor dem Hintergrund des angespannten Wohnungsmarktes und der schlechten Wohnraumversorgung vieler benachteiligter Bevölkerungsgruppen handeln SPD und CDU hier mehr als fahrlässig.

ANNETTE HEPPEL

Grüne Aufarbeitung Pädophilie

Verantwortung für die Fehler der Vergangenheit



Die „Kommission Aufarbeitung“ hat am 20. Mai ihren Bericht vorgestellt. Er dokumentiert die Haltung der Berliner Grünen zu Pädophilie und sexualisierter Gewalt gegen Kinder von der Gründungsphase bis in die Mitte der 90er Jahre – und das institutionelle Versagen einer Partei, die viel zu lange für Opfer und Täter blind war.

Im November 2013 hat eine Berliner Landesdelegiertenkonferenz beschlossen, eine Kommission bestehend aus grünen VertreterInnen, ZeitzeugInnen und ExpertInnen einzurichten. Sie sollte „die Haltung des Landesverbands zu Pädophilie und sexualisierter Gewalt gegen Kinder von der Gründungsphase bis in die 90er Jahre“ untersuchen und einen öffentlichen Bericht mit Handlungsempfehlungen für die Partei vorlegen. Wir möchten damit als Berliner Grüne einen eigenen Beitrag zur Aufarbeitung dieses dunklen Kapitels unserer Parteigeschichte

leisten und Verantwortung für unsere Fehler übernehmen.

Schon der sogenannte Walter-Bericht, der vom grünen Bundesverband beauftragt worden ist, enthält Hinweise darauf, dass der Berliner Landesverband eine besonders unrühmliche Rolle in der grünen Debatte über Pädosexualität gespielt hat. Zum einen weil in Berlin die Diskussion bis Mitte der 90er Jahre anhielt und damit deutlich länger als anderswo. Zum anderen wegen des schrecklichen Fakts, dass der Landesverband über etliche Jahre hinweg mindestens zwei strafrechtlich verurteilte Pädosexuelle in seinen Reihen geduldet hat.

In den letzten 18 Monaten haben die zwölf ehrenamtlichen Mitglieder der Kommission Archivbestände ausgewertet, ZeitzeugInnen befragt und Werkverträge an zwei HistorikerInnen vergeben. Der Bericht fasst zusammen, was wir heute

wissen – und was wir nicht wissen. Die größte Leerstelle ist die Perspektive der Betroffenen, die für jede Aufarbeitung ganz entscheidend ist.

Die Berliner Grünen haben institutionell versagt

Der Bericht dokumentiert das Versagen einer grünen Partei, die pädosexuelle Positionen und Täter bis Mitte der 90er Jahre in ihren Reihen duldet oder einfach weg sah. Selbst als es für die politische Forderung nach Straffreiheit für eine vermeintlich „einvernehmliche Sexualität zwischen Kindern und Erwachsenen“ innerparteilich gar keine Mehrheiten mehr gab – sie fand nur 1980/81 Eingang ins Programm – hat die Partei daraus erst viele Jahre später Konsequenzen gezogen. So wurde etwa gegen ein Parteimitglied, das mehrfach wegen pädosexueller Straftaten verurteilt worden war, erst 1995 ein Ausschlussverfahren eingeleitet.

Bis ins Wahlprogramm zur Abgeordnetenhauswahl 1981 schaffte es die Forderung nach einer Legalisierung von Pädophilie bei der Alternativen Liste.
Foto: Kalle Erlacher

Die Kommission hat herausgefunden, dass der Schwulenbereich jahrelang von pädosexuellen Aktivisten mitgeprägt und teils sogar dominiert wurde. Einer von ihnen gründete hier noch 1992 eine „AG Jung und Alt“, deren Zusammensetzung und Aktivitäten für die Kommission weitgehend im Dunkeln geblieben sind. Wir müssen aber davon ausgehen, dass es hier zum Missbrauch an Kindern gekommen sein kann, auch wenn wir das derzeit nicht belegen können. Und die Kommission hat Hinweise darauf gefunden, dass die Partei zweimal in ihrer Geschichte ganz gezielt von Pädosexuellen unterwandert worden ist.

Vor allem in der Parteigründungsphase gab es offene Sympathien für pädosexuelle Forderungen. Manche sahen sie als vermeintlichen Teil der Emanzipation von Schwulen. Andere diskutierten das Thema im Zusammenhang mit der Reform des Sexualstrafrechts. Den Pädosexuellen gelang es dabei, sich selbst als „Betroffene gesellschaftlicher Diskriminierung“ darzustellen. Für die eigentlichen Opfer war man in der Partei weitgehend blind, insbesondere wenn es sich dabei um Jungen handelte. Eine Ausnahme machten Einzelne und grüne Feministinnen, allen voran die Kreuzberger Frauengruppe. Aber ihre Hinweise und Warnungen wurden lange ignoriert – noch 1994 lieferten sie sich in dieser Zeitschrift einen offenen Schlagabtausch mit den pädosexuellen Aktivisten.

Pädosexuelle wussten sich innerhalb der Partei den Umstand zu Nutze zu machen, dass sich die als Sprachrohr aller gesellschaftlich diskriminierten Gruppen verstand. Minderheiten wurde das Recht zugebilligt, im

Namen der Grünen für ihre Positionen zu werben und das sogar im Parteiprogramm. Die offenen Strukturen erwiesen sich für pädosexuellen Aktivisten ebenfalls als geeignet, die Parteiorganisation für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. All das mag in der Rückschau manches erklären, kann aber nichts entschuldigen.

Wir bitten um Entschuldigung

Wir schämen uns für das institutionelle Versagen unserer Partei. Besonders bitter ist, dass sich pädosexuelle Täter jahrelang in ihren Reihen aufhalten und als vermeintliche Opfer darstellen konnten. Die Täter fühlten sich dadurch ermutigt, während die tatsächlichen Opfer ausgeblendet und entmutigt wurden.

Wir übernehmen Verantwortung für das institutionelle Versagen des Landesverbandes und bitten um Entschuldigung. Die Konsequenzen, die wir daraus ziehen, hat die Kommission als konkrete Handlungsempfehlungen formuliert. Dazu gehören der konsequente Einsatz gegen jede

Form sexualisierter Gewalt und für die Ausweitung des bundesweiten Hilfsfonds für Opfer sexuellen Missbrauchs. Falls es Menschen gibt, die innerhalb grüner Strukturen und damit in der unmittelbaren Verantwortung der Berliner Grünen Opfer geworden sind, soll ihr Leid durch die Partei auch gesondert Anerkennung finden. Der Landesverband wird sich weiterhin an der Opfer-Anlaufstelle beteiligen, die von der Bundespartei eingerichtet wurde, und hat auch eigene Möglichkeiten der Kontaktaufnahme geschaffen.

Die Kommission legt mit ihrem Bericht keinen „Abschlussbericht“ vor. Wir hoffen, dass dieser Bericht und die öffentliche Debatte darüber es Betroffenen möglich machen, sich an uns oder Dritte zu wenden. Gerade weil die Opferperspektive für jede Aufarbeitung von Unrecht und Leid entscheidend ist, begreifen wir Aufarbeitung als einen Prozess, der für uns Grüne noch lange nicht abgeschlossen ist.

ULLI REICHARDT, BETTINA JARASCH UND DANIEL WESENER

Mehr Informationen und alle Kontaktmöglichkeiten:

www.gruene-berlin.de/aufarbeitung

www.gruene.de/aufarbeitung

Kommisionsmitglied Thomas Birk schildert dem stark besuchten Landesausschuss sehr plastisch die bisherigen Ergebnisse der Aufarbeitung.
Foto: Kalle Erlacher



Die Heinrich-Böll-Stiftung stellt sich vor



Veranstaltung auf der Beletage
in der Schumannstraße
Foto: boellstiftung/flickr

Die Heinrich-Böll-Stiftung will grüne Werte und Ideen in die Gesellschaft einbringen und im politischen Prozess verankern. Durch die föderale Struktur aus Bundes- und Landesstiftungen sowie die internationalen Büros und PartnerInnen-Netzwerke der Stiftung können wir maßgeschneiderte Konzepte für zahlreiche Themen und Projekte entwickeln.

Demokratische politische Bildungsarbeit im In- und Ausland ist die Kernaufgabe der politischen Stiftungen. Wir verwirklichen sie in unterschiedlichen Formen: durch Vermittlung von Orientierungswissen, Politikberatung, durch die Förderung des Nachwuchses in Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft und durch Weiterbildung – als Politiknetzwerk, Diskursforum und grüne Ideenagentur. Diese Aufgaben teilen wir mit vielen anderen spezialisierten Organisationen. Unsere Besonderheit liegt zum einen in der Wertorientierung als Teil der „grünen politischen Grundströmung“. Zum anderen besteht sie in den Synergien, die wir durch die Verknüpfung der unterschiedlichen Handlungsfelder erzielen.

Seminare, Kongresse, Studien, Publikationen in Print und Webseite – das ist der sichtbare Teil der Arbeit. Dazu kommen die Begabtenförderung des Studienwerks, die Weiterbildungsakademie Green Campus, das Archiv Grünes Gedächtnis. Geschlechterpolitische und feministische Themen bündelt das Gunda-Werner-Institut, die Grüne Akademie ist ein Netzwerk von Menschen aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft, die politische und wissenschaftliche Diskurse miteinander zu verzahnen suchen. Wir haben 30 Büros auf vier Kontinenten, arbeiten in mehr als 60 Ländern.

30 Büros auf vier Kontinenten

Im Inland ist die politische Bildung zweigeteilt. Sie ist das Geschäft der Bundesstiftung und der 16 Landesstiftungen. Die föderale Struktur unterscheidet uns von den anderen politischen Stiftungen. Ralf Fücks und Barbara Unmüßig bilden den hauptamtlichen Vorstand, Geschäftsführerin ist Dr. Livia Cotta.

Heinrich-Böll-Stiftung e.V.

Tel. 030-28534-0
info@boell.de
Aktuelle Downloads,
Blogs und Dossiers
unter www.boell.de

Ausgewählte Termine in
der Böll-Stiftung,
Schumannstr. 8,
10117 Berlin:

24. Juni, 20 Uhr:
Podiumsdiskussion: Berlin
– Hauptstadt partizipativer
Stadtentwicklung?

26. und 27. Juni:
Workshop: Konstruktiv
streiten lernen

30. Juni 19 Uhr:
Studienvorstellung:
Energiewende schafft
Arbeitsplätze

Dreimal im Jahr erscheint das Magazin Böll.Thema. Es ist monothematisch. Im Heft „Niemand flieht ohne Grund“ ging es um Flucht und Migration. Das Böll.Thema zu Ökologie und Freiheit beleuchtet die inhärente Spannung zwischen Ökologie und Freiheit aus unterschiedlichen Perspektiven.

Infos online und offline

Was die Heinrich-Böll-Stiftung treibt und umtreibt, ist auf unserer Webseite www.boell.de nachzulesen. Hier kann man sich auch in den Verteiler des monatlichen Newsletters eintragen. Der Newsletter listet zum Beispiel alle Veranstaltungen in Berlin auf – Anregungen, um ins Stiftungshaus Schumannstr. 8, gegenüber dem Deutschen Theater zu kommen. Ein grüner Teppich zielt die riesige Eingangstreppe, eine Mecklenburger Schafherde zeigend nebst Schäfer, Hund und schwarzem Schaf. Der Künstler Via Lewandowsky hat sie auch als Einladung gedacht – zum Ausruhen bei hitzigen Debatten.

VERA LORENZ

HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG

So arbeitet das Bildungswerk Berlin

Für eine lebendige Demokratie sind der freie Zugang zu Informationen sowie Möglichkeiten zur Vertiefung und Diskussion von politischen Themen wesentliche Voraussetzungen. Das Bildungswerk möchte die kritische und pluralistische Bildungsarbeit in der Stadt Berlin mitgestalten.

Unsere politische Bildungsarbeit initiiert Lernprozesse, die individuelle und kollektive Handlungsfähigkeiten stärken. Kritische Bildungsarbeit braucht Distanz zur Tagespolitik, sie präsentiert und konfrontiert alternative Politikentwürfe und ist dabei keinem Programm verpflichtet.

Soziale Gerechtigkeit und eine solidarische Gesellschaft sind zentrale Orientierungen in der Diskussion um alternative Politik. Das Bildungswerk organisiert Austausch zwischen Basisinitiativen, Nichtregierungsorganisationen, Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft.

Struktur

Das Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung ist ein basisdemokratisch organisierter, gemeinnütziger Verein. Für seine Bildungsarbeit erhält der Verein öffentliche Mittel, insbesondere durch die Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin.

Wesentliche Teile des Programms werden durch Arbeitskreise entwickelt. Zusätzlich organisieren und unterstützen wir besonders Projekte in den Bereichen nachhaltige Stadtentwicklung, Ökologie und Antirassismus. Das Bildungswerk realisiert viele Veranstaltungen in Kooperation mit Basisinitiativen.



Sitzungssaal im Bildungswerk
Foto: Bildungswerk Berlin
der Heinrich-Böll-Stiftung

Schwerpunkte der Arbeit

Jährlich führt das Bildungswerk rund 250 Projekte der politischen Bildung durch. Schwerpunkte unserer der Bildungsarbeit sind:

Frauenpolitische Bildung: Wir bieten frauenspezifische Angebote zur kritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Arbeits- und Lebenssituation. Die Förderung der politischen Beteiligung von Frauen und die Vermittlung feministischer Themen in diverse politische Debatten ist unser Anliegen. Wir fördern die Unterstützung und Vernetzung von frauenpolitischen Strukturen und Initiativen.

Internationale Politik: In verschiedenen Veranstaltungsformaten werden die ökonomischen und politischen Auswirkungen der "Globalisierung von oben" kritisch analysiert und Ansätze zur "Globalisierung von unten" sichtbar gemacht. Wir informieren über die politische Entwicklung in einzelnen Ländern und Regionen.

Jugendbildung: In den letzten Jahren befassten sich Projekte der Jugendbildung besonders mit politischer Theorie, Antisemitismus und Antirassismus.

Migration und Bewegungsfreiheit: Wir thematisieren die Abschottungs- und Abschreckungspolitik der EU und diskutieren Perspektiven für eine humane europäische Flüchtlingspolitik.

Wirtschaft und Soziales: Gesucht wird nach Wegen zu mehr Chancengleichheit und gleichberechtigter gesellschaftlicher Teilhabe. Themen: Emanzipative Arbeitsmarktpolitik, sozial-ökologische Ansätze zur Reform des Wirtschaftssystems, Demokratie und Menschenrechte, Antidiskriminierungsarbeit, globale und soziale Gerechtigkeit.

Möglichkeiten der Mitarbeit

Die Arbeitskreise sind offen für neue Mitglieder. Projekte können beim Bildungswerk beantragt werden. Interessierte und neue Mitglieder sind im Bildungswerk willkommen.

INGA BÖRJESSON/TANYA LAZOVA

Aktuelle Veranstaltungen:

Workshop:
Konstruktiv streiten lernen
26.06 bis 27.06. Berlin

Exkursionsreihe: Urbane
Gemeinschaftsgärten und
ihre Bedeutung für Berlin

27.06. Prinzessinnengarten,
Kreuzberg

05.07. Pyramidengarten,
Neukölln

Workshop:
Interkulturelle Kompetenz –
eine Schlüsselqualifikation
10.07. bis 12.06. Berlin

Wochenseminar:
Baustelle Inklusion –
Wie weit sind wir schon?
28.09. bis 02.10. Berlin

Alle weiteren Infos zu Ort
und Anmeldung siehe unter:
www.bildungswerk-boell.de

Bildungswerk Berlin der
Heinrich-Böll-Stiftung

Sebastianstraße 21
10179 Berlin

Tel.: 030 308 779 480

info@bildungswerk-boell.de

Ein BürgerInnenticket für Berlin

Wie realistisch ist ein solidarisch finanzierter öffentlicher Nahverkehr?

Im November 2013 überraschte sich die Landesdelegiertenkonferenz bei der Debatte um den Leitantrag „Umsteigen bitte! Grüne Mobilität für mehr Bewegungsfreiheit“ selbst ein wenig, nahm entgegen aller Erwartungen im Vorfeld einen Änderungsantrag der Grünen Jugend an und beschloss, dass wir Grünen „langfristig nicht unser Ideal eines steuerfinanzierten, kostenfreien ÖPNV aus den Augen“ verlieren. Klingt nach einem schönen, aber unrealistischen Traum. Aber wer wenn nicht die Grüne Jugend sollte uns von Zeit zu Zeit daran erinnern, dass es sich lohnt, auf Ideale hinzuarbeiten.

Doch nun galt es, dieses langfristige Ideal auch mit konkreten Vorschlägen zu untermauern. Gemeinsam mit der Landesarbeitsgemeinschaft Mobilität rief die Grüne Jugend eine Arbeitsgruppe ins Leben, die seitdem am Konzept eines solidarisch finanzierten öffentlichen Personennahverkehrs in Berlin gearbeitet hat. Im März 2015 wurde ein erster Entwurf öffentlich vorgestellt – und stieß umgehend eine kontroverse öffentliche Debatte um die Zukunft des ÖPNV an.

Das Modell in Kürze

Erklärtes Ziel des Vorschlags für ein Berlinticket ist es, die Preise im öffentlichen Nahverkehr zu senken, mehr soziale Teilhabe zu ermöglichen sowie mehr Menschen zum Umstieg auf Busse und Bahnen zu motivieren. Funktionieren soll dies folgendermaßen: Alle BerlinerInnen können den ÖPNV innerhalb Berlins nutzen, ausgenommen sind nur die Stoßzeiten werktags von 7 bis 10 Uhr. Dafür bezahlen alle über 18 Jahren einen Beitrag von 15 € pro Monat. Wer inner-



Der Fahrkartenkauf:
Bald nicht mehr nötig?
Foto: BVG, Joite

Auf der Diskussionsplattform der Arbeitsgruppe „Bürgerticket für Berlin“ können sich alle an der weiteren Debatte beteiligen und ihre Ideen einbringen: [facebook.com/buergerticket.berlin](https://www.facebook.com/buergerticket.berlin)

halb der Stoßzeiten fahren will – oder muss –, muss weiterhin Einzelfahrschein oder Zeitkarte kaufen. Die Zeitkartenpreise werden jedoch halbiert und es ist ein Sozialticket für die Stoßzeiten von 10 € pro Monat vorgesehen, ausgenommen von dem Pflichtbeitrag sind z.B. Freifahrtberechtigte und PflegeleistungsbezieherInnen. Übernachtungsgäste zahlen eine Pauschale von 5 € pro Nacht (2 € unter 18 Jahren) und dürfen dafür den ÖPNV nutzen. Außerhalb der Stoßzeiten soll auch die kostenfreie Fahrradmitnahme möglich sein.

Ein vollständig solidarisch finanzierter, fahrscheinloser ÖPNV kann eine wichtige Grundfrage einer echten Verkehrswende werden und hat zudem auch großes ökologisches Potential. Doch dafür muss der ÖPNV auch von der Politik als Teil der Daseinsvorsorge gesehen und entsprechend mehr in den Focus von Verkehrspolitik gerückt werden. Statt über 400 Millionen Euro für ein paar Autobahnkilometer auszugeben, die den täglichen Stau nur an eine andere Stelle der Stadt verlagern und für die Menschen

aus ihren Wohnungen und Kleingärten vertrieben werden, müssten die Kapazitäten der öffentlichen Verkehrsmittel deutlich ausgebaut werden.

Und auch wenn es in vielen Einzelpunkten nicht ganz vergleichbar ist – das seit mittlerweile 13 Jahren auch in Berlin etablierte Semesterticket hat gezeigt, dass Solidarmodelle sehr gut funktionieren können und langfristig auf breite Akzeptanz unter den Beteiligten stoßen – selbst bei denen, die zunächst strikt dagegen waren. Auch

hier war es ein weiter Weg mit langen, heftigen Debatten mit Politik, Verkehrsbetrieben und Studierenden, an dessen Ende ein gemeinsam getragenes Konzept stand, das heute nicht mehr ernsthaft in Frage gestellt wird.

Aller Anfang ist schwer...

Doch nicht alle sind begeistert vom vorgelegten Konzept für das Berlinticket und auch aus den eigenen Reihen kommt deutliche Kritik. Was ist beispielsweise mit den TransferleistungsbeziehernInnen, die ohnehin oft schon

Kurzinterview mit Stefan Gelbhaar, verkehrspolitischer Sprecher:

Wichtiger Grüner Grundsatz ist breite BürgerInnenbeteiligung? Wie soll die beim Berlinticket aussehen?

Die Debatte hat begonnen, sie wird vom Detail bis ins Grundsätzliche geführt. Klar ist: Die Fahrpreise müssen runter und nicht weiter rauf. Bei der Debatte um das richtige Modell müssen immer wieder die Ziele in den Vordergrund gestellt werden: Bus und Bahn sollen einfacher zu benutzen sein. Es soll ein besseres Angebot geben, gerade im Bereich außerhalb des S-Bahn-Rings. Und es geht klar darum, Teilhabe durch Mobilität gerade für Kinder und einkommensärmere Familien zu erreichen. Das ist der Anspruch. Aus meiner Perspektive müsste bei einer Umstellung auf ein alle betreffendes Beitragssystem das letzte Wort beim Volk selbst liegen. Beim Semesterticket führte das in Berlin zu Zustimmungswerten von über 90 %.

Wie waren die Reaktionen auf das Modell von Deinen verkehrspolitischen KollegInnen anderer Parteien?

Die SPD äußert sich verhalten und will das alles erstmal nachrechnen. Die CDU hat sich bislang nicht positioniert. Linkspartei und Piraten sind offen, sie basteln an eigenen Modellen.

jeden Cent mehrfach umdrehen müssen und sich gar nicht alle regelmäßig ein Monatsticket kaufen (können)? Kann der Beitrag für diese Bevölkerungsgruppe rechtlich überhaupt verpflichtend gemacht werden? Ähnliches gilt für die große Gruppe der GeringverdienerInnen. Ist ein für alle gleich hoher Beitrag wirklich mit dem Grünen Grundprinzip von fairer Lastenverteilung orientiert an der jeweiligen finanziellen Leistungsfähigkeit vereinbar? Demnach müsste es eigentlich mehr Möglichkeiten zur Beitragsbefreiung geben. Was heißt das aber für die bisherige Kostenberechnung?

Auch das Argument, durch die Fahrscheinpflicht während der Stoßzeiten würden überlastete Busse und Bahnen verhindert, erscheint nicht schlüssig – denn der Großteil der Fahrgäste um diese Zeit befindet sich auf dem Weg zur Arbeit, Schule oder Ausbildung und kann nicht einfach ein paar Stunden später fahren, nur weil es dann nichts extra kostet. Und ob wie vorgeschlagen der Personalausweis als Ticket praktikabel oder überhaupt rechtlich möglich ist, ist ebenfalls sehr fraglich.

...aber der Weg lohnt sich!

Es gibt also noch einige offene Fragen in diesem Modell für einen solidarisch finanzierten ÖPNV, mit denen sich die Arbeitsgruppe intensiv befassen muss. Doch es liegt eine gute Grundlage für eine breite innerparteiliche und öffentliche Diskussion vor und alle Interessierten sind eingeladen, sich einzubringen und das Konzept weiterzuentwickeln – auf dass wir unserem gemeinsamen Ideal ein Stück näher kommen.

ANNETTE HEPPEL

Grüne Debatte um Sportpolitik

Sport ist mehr als nur höher, schneller, weiter

Auch ohne olympische Spiele bleibt das Thema Sport für Bündnis 90/Die Grünen in Berlin wichtig. Eine LAG Sportpolitik hat sich (wieder) gegründet, die sich nicht zuletzt der Frage stellt: Was ist das eigentlich, eine „grüne Sportpolitik“? Wir haben Anja Schillhaneck, sportpolitische Sprecherin der Fraktion im Abgeordnetenhaus, und Johannes Verch, Sport-Umwelt-Beauftragter der Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz, darüber diskutieren lassen.

» **Deutschland geht mit Hamburg ins Olympia-Rennen. Der rot-grüne Senat dort verspricht eine grüne, nachhaltige und finanzierbare Bewerbung. Hätte Berlin das auch gekonnt?**

Anja: Die Hamburger Grünen wollen für eine transparente Finanzierung sorgen. Wir haben uns in Berlin den Mund fusselig geredet, dass wir nicht nur eine grobe, überschlägige Kostenschätzung brauchen, sondern eine transparente Aufstellung der Kosten, klar nach Budgets getrennt: Was ist wofür und welchen Nachnutzen hat das?

Johannes: Einerseits hat es Vorzüge, was die Hamburger Grünen vorhaben. Aber wenn wir grundsätzlich nach der Nachhaltigkeit von Olympischen Spielen fragen, dann geht das in Berlin genauso wenig wie in Hamburg. Olympische Spiele widersprechen im Kern grüner Politik.

Anja: Wir müssen das Sportereignis Olympische Spiele und alles, was drumherum geschieht, auseinanderhalten. Wenn ich mir die Kommerzialisierung oder die Sicherheitskonzepte anschau, dann sind die wenig vereinbar mit grünen Vorstellungen. Anders als die Idee eines großen, weltweiten Sportereignisses, das die Spitzen der verschiedenen Disziplinen zusammenbringt, gerade auch in Sportarten, die nicht so populär sind.

» **Liegen die Probleme also vor allem bei Filz und Korruption in IOC oder FIFA?**

Johannes: Das greift zu kurz. Olympische Spiele sind sozusagen eine Formel-Eins-Veranstaltung in allen Sportarten. Der notwendige Aufwand, um solche Spitzensportleistungen zu schaffen, ist gigantisch. Wir akzeptieren damit ein Kulturkonzept, das an und für sich nicht nachhaltig ist. Bei der Formel-Eins würden wir immer sagen, um Gottes Willen, da machen wir nicht mit.

» **Ist der Leistungssport an und für sich eine hoch problematische Sache?**

Johannes: Man muss die Frage stellen, ob die Spitzensportkonzepte als Kulturprinzip verallgemeinerbar sind. Der Breitensport, anders als der Freizeitsport, gilt in dieser Logik als unterste Stufe einer Pyramide, an deren Spitze der Profisport steht.

Anja: Ich würde die Logik des Breitensports nicht darin sehen, dass es auch im Breitensport nur um Leistungsoptimierung geht. Aber es gibt es ein Bedürfnis nach Wettstreit. Das kann ich nicht einfach wegdiskutieren, indem ich sage, das sei nicht nachhaltig.

» **Sind Leistungs- und Breitensport ein Gegensatz oder zwei Seiten der gleichen Medaille?**

Johannes: Wir leben in einer Bedürfniskultur, die Rekorde und Selbstoptimierung erstrebenswert erscheinen lässt. Diese Bedürfniskultur ist aber ein soziales Konstrukt und ist längerfristig nicht nachhaltig. Sicher, eine



Schwimmer Philipp Becker beim DMS Masters Landesentscheid Berlin
Foto: Mirko Seifert/
mirkoseifert.de

Sinndimension des Sports sind die Wettkämpfe. Aber alles auf Rekorde zu trimmen und dies zu einem allgemeinen Kultur- und Bedürfnisprinzip zu erklären, da habe ich große Zweifel.

Anja: Was die Menschen damit verbinden, dass sie Sport treiben, das kann ich von außen nicht klären oder bewerten. Wettbewerb gehört sicher dazu. Und die Diskussion über dieses Prinzip findet statt, etwa beim Fraueturnen. Was man da mit den jungen Mädchen tun müsste, um im internationalen Wettbewerb mithalten, das widerspricht unserer Vorstellung nicht nur von Sportförderung, sondern von Gesundheit, Kindheit, Bildung. Das Mindestalter von 16 Jahren für Turnerinnen war überfällig.

Rund 600 000 Berlinerinnen und Berliner sind in mehr als 2 000 Vereinen im Landessportbund organisiert. Fußball ist die beliebteste Sportart der Berliner. Hier kicken rund 130 000 Mitglieder in rund 320 Vereinen. Der Berliner Fußball-Verband ist der größte Einzelsportverband Berlins, gefolgt vom Berliner Turn- und Freizeitsport-Bund mit fast 90 000 Mitgliedern. Mit 113 Segel-, 56 Ruder-

Johannes: Wo fängt das an, wo hört das auf? Kinder-Hochleistungssport ist in zwei Dritteln der Sportarten notwendig, um es in die Weltspitze zu schaffen. Ist das Training in einer Unterdruckkammer schon Doping? Es gibt enorm spannende Wettbewerbe, weil alles ausgereizt wird – Doping, biomechanisch, trainingswissenschaftlich, psychologisch. Beim Sport im Industriezeitalter gehört diese Fixierung auf Rekorde, auf Höchstleistungen einfach dazu.

Anja: Deswegen muss eine demokratische Gesellschaft fragen: Wo wollen wir mitmachen? Wo sagt uns die ethische Verantwortung, das geht zu weit? Und das müssen wir international über die Verbän-

de kommunizieren. Wie beim Mindestalter für Turnerinnen.

» **Sind olympische Spitzenleistungen in demokratischen Gesellschaften nicht mehr möglich, weil wir zum Beispiel keinen Hochleistungssport im Kindesalter wollen? Genau wie olympische Spiele insgesamt, gegen die sich in offenen Gesellschaften häufig Widerstand regt?**

Johannes: Die autoritären Muster des Sportes kommen den autoritären Mustern einiger Staaten ganz gut zu pass. Der Sport, der selektiert und Körper beherrschbar macht, findet seine Entsprechung darin, olympische Spiele mit hohen Zäunen und gegen die Bevölkerung durchzusetzen. Da ist es kein Wunder,

dass sich demokratische Staaten damit zunehmend schwertun.

Anja: Ich habe auch ein Problem mit diesem vorgelebten Zwang zur Selbstverbesserung, bis hin zum Idealbild eines glatten Bikini-Körpers, ohne den Du angeblich nichts wert bist. Das gehört ja alles zusammen, das reicht über den Sport hinaus. Aber ich kann doch den Reiz und die Faszination, den viele bei olympischen Wettkämpfen empfinden, nicht einfach ignorieren.

» **Was muss Sportpolitik in einer Stadt wie Berlin leisten, um doch zu einer nachhaltigen Art von Sport zu kommen und gleichzeitig das Bedürfnis nach Großereignissen ernst zu nehmen?**

Anja: Bei jedem Euro müssen wir abwägen, wo er am besten ausgegeben wird. Es gibt Großereignisse, die muss das Land Berlin unterstützen. Zum Beispiel die Makkabiade, die größte internationale jüdische Sportveranstaltung. Aber wir dürfen nicht nur auf den organisierten Sport schauen. Ganz viele Menschen betreiben Sport ohne Verein, in der Freizeit, im Park, einfach so. Ich will, dass die Leute selbstbestimmt Sport treiben können. Ob nun aus Lust am Wettstreit oder aus purer Lust an der Bewegung.

Johannes: Wir sollten die Vielfalt von Sinnperspektiven des Sports fördern. Das kann ein körperlicher Ausgleich sein, das kann Naturerfahrung sein. Da kann auch ein kleines hochleistungsorientiertes Segment dabei sein. Das Problem ist, dass Berlin die gesamte Sportförderung darauf orientiert hat. Es werden gigantische Summen in den Leistungs- und Metropolitensport gegeben, so dass für die anderen Sinndimensionen viel zu wenig übrig bleibt.

DIE FRAGEN STELLTE MATTHIAS TANG



Im Labor für
Tierversuche
Foto:
Shutterstock

Hauptstadt der Tierversuche

Leiden in der Sackgasse der Forschung

Rund 1 200 Menschen demonstrierten unter dem Motto „Forschung ja – Tierversuche nein“ gegen den Bau einer der größten Tierversuchsanlagen Deutschlands. Die soll im Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin (MDC) auf dem Gelände des Campus Berlin-Buch entstehen. Mit diesem Projekt verteidigt Berlin seinen zweifelhaften Ruf als Tierversuchshauptstadt. Dabei wird der wissenschaftliche Sinn, auf den sich die TierversuchsbefürworterInnen berufen, auch von immer mehr ForscherInnen bestritten. Tierversuche, so die KritikerInnen, halten den Fortschritt sogar auf!

Gut 24 Millionen Euro öffentlicher Gelder sollen nach den Planungen insgesamt in den Neubau des Max-Delbrück-Centrums für Molekulare Medizin (MDC) gesteckt werden. Nach Fertigstellung, so verkündet das MDC, werden in dem neuen „In-vivo-Pathophysiologie-Laborgebäude“ dann unter anderem 12 000 Mäuse Platz finden. Und obwohl immer mehr Alternativen zu Tierversuchen entwickelt werden, denkt man jetzt schon an eine „Erhöhung der Kapazität“. Bis zum Jahr 2020 sollen insgesamt 61 400 Tiere, über 7 000 mehr als im Anfangsstadium, in diesem Neubau für Versuche gehalten werden können.

Dabei ist das MDC nicht das einzige Berliner Zentrum für Tierversuche. Auch an anderen Instituten wie am Robert-Koch-Institut oder am Max-Planck-Institut für Molekulargenetik sterben Tausende von Tieren qualvoll durch wissenschaftliche Experimente, die angeblich dem Fortschritt dienen. So wurden zum Beispiel 2011 in Berlin 422 175 Tiere in Tierversuchen „verbraucht“ – Tendenz steigend.

Allgemein wird beim Tierversuch in zwei Forschungsbereiche unterschieden. Die Grundlagenforschung diene der Erweiterung des Verständnisses im Umgang mit verschiedenen Organismen, argumentieren die BefürworterInnen. Anders: Wie funktionieren und reagieren Organismen zum Beispiel auf bestimmte Substanzen? In der angewandten Forschung werden dann direkte Versuche am Tier mit Medikamenten, aber auch mit Chemikalien wie Säuren oder Gasen unternommen. Damit will man Verträglichkeiten wie die mögliche Schädlichkeit testen.

„Material“ im Überschuss

Für solche Experimente gibt es auch noch eine regelrechte „Überproduktion“. Für die Grundlagenforschung werden in Berlin dreimal so viele Tiere gezüchtet, wie überhaupt „verwendet“ werden. Das bedeutet: Von jährlich 1,2 Millionen extra gezüchteten Tieren kommen überhaupt „nur“ 422 000 für einen medizinischen Versuch infrage. Die werden dann teilweise unter katastrophalen Umständen während der Experimente in den Laboren gehalten, leiden dort unter zu kleinen Käfigen, Sauerstoffmangel, ungenügender Pflege und schließlich grausamen Tötungsmethoden.

Ein Irrtum mit Methode

Dr. med. Eva Katharina Kühner, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Organisation Ärzte gegen Tierversuche, sagt: „Es besteht keine Notwendigkeit für die Durchführung von Tierversuchen, weder im medizinischen Bereich noch in anderen Forschungsgebieten. Tierversuche sind aus wissenschaftlicher Sicht generell abzulehnen, da sich hinter dem System Tierversuch ein methodologischer Irrtum verbirgt. Alle Tierversuche müssen sofort und ausnahms-

Von der grünen Abgeordnetenhausfraktion wurden die zwei Anträge „Bundesratsinitiative zur Aufwertung von Ersatzmethoden“ ins Parlament eingebracht. In diesen fordern die Grünen den Fokus in der Bildung an Hochschulen nicht auf Tierversuche, sondern auf Ersatzmethoden zu legen. Kurse zu Ersatzmethoden sollen kostenfrei sein, so dass Studierende nicht mehr gezwungen sind, Tierversuche durchführen zu müssen. Zum zweiten wird der Berliner Senat aufgefordert, sich für ausreichende Forschungsmittel im Bereich der tierversuchsfreien Ersatzmethoden einzusetzen und ein eigenes Kompetenzzentrum für diesen Forschungsbereich einzurichten.

los abgeschafft werden.“ Die Begründung: Die Erfahrung hat gezeigt, dass sich die Ergebnisse von Tierversuchen gar nicht so ohne Weiteres auf den Menschen übertragen lassen, wie die BefürworterInnen immer noch behaupten. Tatsächlich können Tiere auf die Substanzen anders als Menschen reagieren. Trotz aller Experimente mit Tieren werden die getesteten Substanzen so noch einmal in einem risikoreichen Versuch unmittelbar am Menschen getestet – und das oft mit katastrophalen Ergebnissen.

Im März 2006 beispielsweise ließ die Würzburger Pharmafirma TeGenero an ProbandInnen ein Medikament testen, das gegen rheumatische Arthritis und Multiple Sklerose wirken sollte. Die Tiere hatten im medizinischen Versuch positiv reagiert. Doch anstatt ähnlich positiv zu reagieren erlitten die ProbandInnen allesamt ein Multi-Organversagen.

Ein anderes Beispiel ist das bekannte Medikament Contergan: Auch dieses Arzneimittel wurde bei Tieren getestet und bestand die Tests. Die irreversiblen Schäden, die das Medikament während der Schwangerschaft bei Föten hinterließ, waren im Tierversuch nicht auszumachen. Auf der anderen Seite dagegen würden Medikamente wie Ibuprofen, Aspirin oder Penicillin bei den heutigen Tierversuchen durchfallen.

Hemmnis für den Fortschritt

Diese Beispiele zeigen: Tierversuche verhindern bzw. verlangsamen den angestrebten wissenschaftlichen Fortschritt. In den heutigen Tierversuchen fallen 45 Prozent der getesteten Substanzen durch. Von den 55 Prozent, die in das nächste Teststadium gelangen, sind weitere 92 Prozent erfolglos. Nur 8 Prozent der

getesteten Medikamente kommen auf den Markt. Doch trotz dieser gravierenden Zahlen fließen weiterhin Milliarden in diese vermeintliche Fortschrittsforschung, obwohl sich mittlerweile tierversuchsfreie Forschungsmethoden längst bewährt haben.

Der Computer kann es besser

So gibt es zum Beispiel Computerprogramme, die durch 3-D-Modelle Simulationen erzeugen können, die einen kompletten Tierversuch ersetzen könnten. Der „Human-on-a-chip“ ist ein Mikrochip aus verschiedenen Zellkulturen der unterschiedlichen menschlichen Organsysteme, der durch ihre Parallelschaltung zuverlässige Aussagen über die Verstoffwechslung von Substanzen treffen kann. Auch gezüchtete Hautkulturen oder diverse Platinat sind ergebnisreiche Ersatzmethoden.

„Haben Tierversuche gesundheitspolitisch in die Sackgasse geführt?“ war das Thema eines Vortrages der Abgeordneten Claudia Hämmerling. Die tierschutzpolitische Sprecherin der bündnisgrünen Fraktion: „Es ist Zeit, aus der Sackgasse Tierversuchsforschung herauszukommen. Insbesondere bei der Routineerprobung von pharmazeutischen und chemischen Wirkstoffen muss auf Ersatzmethoden zurückgegriffen werden.“

Mit etlichen parlamentarischen Initiativen haben sich die Grünen für eine bessere Förderung der Ersatzmethoden eingesetzt. Doch diese Vorstöße scheiterten bislang an der Regierungskoalition. Dennoch halten die Grünen daran fest: Tierversuchsfreie Ersatzmethoden sind damit die Lösung, um diesem fatalen Irrglauben der wissenschaftlichen Effizienz von Tierversuchen ein Ende zu machen.

Solidarische Ökonomie

Gewinn für die Gesellschaft statt Höchstprofit

Auf dem regulären Arbeitsmarkt hatten die Migrantinnen keine Chance, gründeten – mit Hilfe von UnterstützerInnen – ihr eigenes Restaurant. Heute ist die „Weltküche“ aus der Kreuzberger Gastronomie nicht mehr wegzudenken. Die MacherInnen der „Regenbogenfabrik“ wollten vor allem etwas gesellschaftlich Sinnvolles schaffen, selbst bestimmen, unter welchen Bedingungen sie arbeiten. Mit Fahrradwerkstatt und Fahrradverleih, Kino, Hostel und mehr gehört die „Regenbogenfabrik“ zu Kreuzbergs „Markenkern“. Was „Weltküche“ und „Regenbogenfabrik“ bei allen unterschiedlichen Hintergründen der Beteiligten gemeinsam haben: Sie sind Teil einer „solidarischen Ökonomie“. Um solch solidarisches Wirtschaften wird es im September beim Kongress Solikon 2015 in der Technischen Universität gehen.

Neu ist der Gedanke einer solidarischen Ökonomie allerdings nicht. Dass ein Unternehmen der Gesellschaft nutzt, den Beschäftigten ihr Auskommen sichert, war schon Ziel der Konsum- und Baugenossenschaften, wie sie von der Gewerkschaftsbewegung des 19. Jahrhunderts initiiert wurden. „Selbstverwaltete Betriebe“ entstanden im Verlauf der 1968er- und der Hausbesetzerbewegung der 1980er Jahre. Dennoch: eine präzise wissenschaftliche Definition, was als solidarische Ökonomie zu gelten hat, gibt es bis heute nicht.

Auch das Nützliche muss sich am Ende rechnen

Bola Olalowo, wirtschaftspolitischer Sprecher der grünen Abgeordnetenhausfraktion, meint: „Solidarische Ökonomie



Die Fahrradwerkstatt der Regenbogenfabrik
Foto: Anna Schroll/Archiv Regenbogenfabrik

Solidarischer Betriebssalltag – „Solidarische Ökonomie in der Praxis“ ist der Titel des Kongresses, den das Forum Solidarische Ökonomie e.V. in Kooperation unter anderem mit der Heinrich-Böll-Stiftung vom 5. bis 13. September 2015 an der Technischen Universität veranstaltet. Dazu können während einer „Wandelwoche“ auch etliche Betriebe besichtigt werden. Infos: www.solikon2015.org.

kann einen wichtigen Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation unserer Wirtschaft leisten.“ Ein Unternehmen der solidarischen Ökonomie stellt nicht nur den gesellschaftlichen Nutzen über den höchstmöglichen Profit. Es funktioniert auch nach innen solidarisch und partizipativ. Manche garantieren z.B. den Beschäftigten bei transparenter, gleicher Bezahlung für gleichwertige Tätigkeit ein angemessenes Einkommen oder binden alle Beteiligten gleichberechtigt in die Unternehmensentscheidungen ein. Da können sich viele traditionelle Genossenschaften noch weiterentwickeln. Aber, so der Volkswirt weiter: Ein Betrieb der solidarischen Ökonomie muss ökonomisch arbeiten, sich in den Wirtschaftskreislauf einbringen, nicht auf Dauer am Fördertopf wohlmeinender UnterstützerInnen hängen. Damit fällt auch manches Sozialprojekt heraus.

Eine direkte Verknüpfung von solidarischer Ökonomie und grüner Politik sieht der Abgeordnete bei einem Kernthema der

Partei, der Energiewende. Wo die BürgerInnen einer Gemeinde beschließen, ihre Energieversorgung selbst in die Hand zu nehmen, etwa mit einem Windpark, werden häufig Prinzipien und Instrumente der solidarischen Ökonomie als Grundlage erfolgreichen Wirtschaftens genutzt.

Für den Erfolg müssen aber die Rahmenbedingungen stimmen. Darum müsse zunächst die Forschung über Chancen und Auswirkungen der solidarischen Ökonomie intensiviert werden, fordert der Politiker. Schließlich seien auch die Unterstützungsprogramme der Industrie- und Handelskammern, die Förderkriterien der öffentlichen Investitions- und Kreditbanken anzupassen. Denn dort wird in der Regel nach einem, höchstens zwei haftenden Gesellschaftern gefragt, will man gewinnorientierte Businesspläne sehen. Damit können und wollen die GründerInnen der solidarischen Ökonomie aber nicht unbedingt dienen.

-TZ

Berlin – Stadt der Arbeit

Boom geht an vielen Beschäftigten vorbei

Der neue Regierende Bürgermeister hatte in seinem parteiinternen Wahlkampf angekündigt, Berlin zur „Stadt der Arbeit“ machen zu wollen. Viel mehr hat er dazu nach seiner Wahl bisher weder gesagt noch getan. Eines allerdings wird aus dieser Aussage deutlich: Das Thema Arbeit dürfte im kommenden Wahlkampf eine zentrale Rolle spielen.

Endlich gleiche Bedingungen in West- und Ostberlin

Im Sommer 2015 steht die nächste Tarifrunde im Einzelhandel bevor. Noch immer hat der Berliner Einzelhandelsverband die Zusage, Urlaubs- und Weihnachtsgeld in Ost und West anzugleichen, nicht eingelöst. Mehr als 25 Jahre nach dem Fall der Mauer bekommen Beschäftigte in Berlin-Ost 349,20 Euro weniger. Auch die laufende Tarifrunde im Gebäudereinigungs-Handwerk hat die Ost-West-Angleichung zum Ziel. Angesichts der bevorstehenden Feierlichkeiten am 03. Oktober 2015 darf man gespannt sein, ob dieses dunkle Kapitel der Vereinigung – ungleiche Arbeitsbedingungen in einer Stadt – bis dahin zumindest teilweise geschlossen werden kann.

Zukunftsthema Digitalisierung der Arbeit

„Die Arbeit der Zukunft gestalten wir!“ – so lautete das Gewerkschafts-Motto zum 1. Mai 2015. Ein zentraler Baustein dieser Arbeit der Zukunft wird die Digitalisierung von Wirtschaft und Arbeit sein. Unzählige Tagungen, Arbeitsgruppen und Projekte setzen sich aktuell damit auseinander. Das Bundesarbeitsministerium startete den Dialog „Arbeit 4.0“, das Bundesforschungsministerium ein Arbeitsforschungsprogramm.



Demonstration gegen die ungleichen Tarifverträge in Ost und West
Foto: DGB

Sowohl Verdi (www.ich-bin-mehr-wert.de) als auch die IG Metall (www.faircrowdwork.org) haben eigene Informations- und Beratungsplattformen eingerichtet. Die Berliner IG Metall hat im Mai eine eigene Vernetzungsplattform gestartet. Dennoch: In Berlin mit seinen vielen Start-Ups scheint die Debatte über die Digitalisierung der Arbeit erst langsam in Schwung zu kommen. Digitale Arbeit gehört jedoch auf die politische Agenda, auch und gerade in Berlin.

Hauptstadt der prekären Beschäftigung

Berlin boomt, auch am Arbeitsmarkt, doch vor allem wachsen prekäre Beschäftigung und Arbeitsdruck. Ganz wesentlich dafür verantwortlich ist die Politik. Entgegen vollmundiger Behauptungen trägt sie maßgeblich dazu bei, die Situation zu verschärfen. Wie viele

Menschen inzwischen „prekär im öffentlichen Auftrag“ arbeiten, lässt sich nur erahnen. Allerdings ist schon allein die bekannte Bandbreite erschreckend. Prekäre Arbeitsbedingungen existieren vor allem in Bereichen, die maßgeblich das positive Image der Stadt prägen: Kunst und Kultur, Bildung und Wissenschaft, Gesundheit.

Anders als in der Vergangenheit formiert sich wachsender Widerstand gegen eine Sparpolitik, die hochwertige Dienstleistungen – wie künstlerisches Engagement, Musikunterricht oder Lehraufträge an Universitäten, hochwertige Pflegearbeit – zu Niedrigstpreisen einkaufen möchte. Prekäre Beschäftigung im Auftrag des Staates könnte eines der spannendsten Wahlkampfthemen werden.

HEIKO GLAWE
DGB, REGION BERLIN,
REGIONSGESCHÄFTSFÜHRER

Der grüne Elternkongress

Was brauchen Familien in Berlin?

„Die späte Entdeckung der Frauen- und Familienpolitik!“ „Familienpolitik: Die Windelfrage.“ „Die Politik entdeckt die gehetzte junge Generation.“ Solche und ähnliche Überschriften finden sich immer häufiger in unseren Zeitungen. Keine Frage: Medien und Politik haben die Familienpolitik für sich entdeckt. Über Familie, über die alltäglichen Herausforderungen beim Versuch, Beruf und Kinder unter einen Hut zu bringen, wird viel diskutiert. Viel zu selten jedoch kommen die Eltern selbst zu Wort.

Beim „Grünen Elternkongress“ wird das anders sein. „Wir wollen von Berliner Eltern und Kindern erfahren, was ihnen den Alltag erschwert, welche Ideen, Vorschläge und Erwartungen sie an die Politik haben“, sagt Bettina Jarasch, die Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Berlin. Und weil die freie Zeit am Wochenende für Familien ausgesprochen kostbar ist, wird dieser Kongress ein ganz besonderer: Es soll ein Tag für die gesamte Familie sein. Neben verschiedenen Workshops und Möglichkeiten zum Meinungsaustausch, gibt es Angebote für Kinder – und Zeiten, in denen alle gemeinsam Spaß haben können.

Mehr als Vater, Mutter, Kind

Familienpolitik hat zu lange an veralteten gesellschaftlichen Leitbildern festgehalten. Gefördert wurde – und wird zum Beispiel durch das Ehegattensplitting bis heute – vor allem die klassische Alleinverdienerfamilie. Die Realität heute sieht anders aus: „Wir sehen die Vielfalt von Formen, in denen heutzutage Familie gelebt wird – von der klassischen Mama-Papa-Kind-Familie, verheiratet oder Patchwork, Alleinerziehende, Regenbogenfamilien bis zur Mehr-



generationen-Großfamilie – und diese Vielfalt wollen wir unterstützen,“ so Jarasch. „Familienpolitik ist so wichtig, weil es dabei um unsere Zukunft und darum geht, wie wir in dieser Gesellschaft zusammen leben wollen.“

Der Senat hat in der Vergangenheit viel Geld in Großprojekten versenkt. Für Familien, gerade für Alleinerziehende oder Eltern mit wenig Geld, wird es gleichzeitig immer schwerer, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Schul- und Kitaplätze fehlen

sowie flexible Betreuungsmöglichkeiten bei Notfällen. Was ist mit Sportanlagen, sicheren Schulwegen, Spielplätzen?

Auf dem Kongress werden sich Fachleute und Grüne PolitikerInnen den Fragen und Forderungen der Eltern stellen und eigene Ideen und Pläne für eine bessere Familienpolitik mitbringen. Bettina Jarasch: „Wir machen den Kongress, weil wir uns um die kümmern wollen, die sich um andere kümmern.“

MATTHIAS TANG

Termin:

Samstag, 4. Juli 2015
von 10 bis 17 Uhr,
Ort: GLS Campus in der
Kastanienallee 82, 10435
Berlin-Prenzlauer Berg

PROGRAMM

(ausführlich unter
[www.gruene-berlin.de/
elternkongress](http://www.gruene-berlin.de/elternkongress))

Begrüßung und Einführung:

Bettina Jarasch/Daniel
Wesener, Landesvor-
sitzende Bündnis 90/
Die Grünen Berlin

Eröffnungsvortrag :

Britta Sembach, Ko-
Autorin von „Die Alles
ist möglich-Lüge. Wieso
Familie und Beruf nicht zu
vereinbaren sind“ (2014)

Workshop 1:

Alleinerziehend in Berlin

Workshop 2:

Selbstständig mit Kind

Workshop 3:

Familienfreundlich
arbeiten in Berlin

Workshop 4:

Familienfreundlich
leben in Berlin

Berichte aus den Workshops

Offenes Forum

Anmeldung

Für unsere Planung bitten
wir um verbindliche
Anmeldung bis zum
29. Juni unter
[www.gruene-berlin.de/
/elternkongress](http://www.gruene-berlin.de/elternkongress).

Streit um die Volksbühne

Kulturlandschaft im Umbruch



Es ging ein Aufschrei durch das deutsche Feuilleton, als Kulturstaatssekretär Timm Renner verkündete, dass Chris Dercon von der Tate Gallery of Modern Art in London die Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz leiten soll. Dercon sei ein Geschenk für die Volksbühne, jubelte Georg Diez auf Spiegel-Online. Das sei, als würde man David Bowie zum Leiter der Berliner Philharmoniker machen, urteilte Bernd Stegemann, Dramaturg an der Schaubühne am Lehniner Platz. Der Intendant des Berliner Ensembles, Claus Peymann, nannte Renner „die größte Fehlbesetzung des Jahrzehnts“.

Worum geht es bei dem Streit? Dercon, der aus dem Bereich der Bildenden Kunst kommt, wird vorgeworfen, er wolle aus der Volksbühne mit festem Ensemble einen Ort der „Eventkultur“ machen. Dercon und Tim Renner verfolgten neoliberale Kulturkonzepte, die

nur noch auf Effekthascherei setzten. Andere sehen in den genreübergreifenden Ideen von Dercon die konsequente und spannende Weiterentwicklung der schon immer experimentierfreudigen Volksbühne.

Offene Debatte gefordert

Sabine Bangert, kulturpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus, geht es in dieser Diskussion nicht nur um die Ausrichtung der Volksbühne. Sie vermisst eine offene Debatte, wohin sich Berlins Kulturlandschaft entwickeln soll. „Solche tiefgreifenden Strukturveränderungen muss man diskutieren, muss man mit den Kulturschaffenden diskutieren“. Sie wirft Renner vor, dass er bei seiner Art des Umbaus der Kulturlandschaft die Zweckfreiheit von Kunst und Kultur in Frage stelle und die wirtschaftliche Verwertbarkeit in den Vordergrund rücke. Diese Entwicklung

müsse dringend in der Politik, in der Kulturszene diskutiert werden, statt mit einsamen Entscheidungen wie bei der Casdorf-Nachfolge an der Volksbühne Tatsachen zu schaffen.

Die Aufregung bei den Kulturschaffenden ist verständlich. Denn jenseits des Streits, ob Dercon eine neoliberale Eventkultur anstrebe oder dem angestaubten Theater neuen Schwung geben werde, bleibt die Frage, wie es mit der Kulturlandschaft weiter gehen soll. Die Volksbühne soll unter Dercon fünf Millionen Euro pro Jahr mehr bekommen. Damit sollen unter anderem neue Spielstätten wie der Hangar im Flughafen Tempelhof bespielt werden. Fünf Millionen sind in der chronisch unterfinanzierten Kulturszene viel Geld.

Der Intendant der Berliner Festspiele, Thomas Oberender, sorgt sich, dass die Volksbühne das Konzept Berliner Festspiele, mit mehreren Spielstätten in der Stadt präsent zu sein, kopieren könnte. Im RBB sprach er von einem „aggressiven Vorgang“. Auch das Heibel-am-Ufer („HAU“) könnte von diesen Veränderungen betroffen sein, weil es ähnlich arbeitet. Im Tagesspiegel warnt der Sprecher von Kulturstaatsministerin Monika Grütters vor Doppelstrukturen. „Außerhalb von Berlin könnte die berechtigte Frage entstehen, ob das hohe finanzielle Engagement des Bundes noch vertretbar ist.“

Ob Tim Renner und Michael Müller mit der Volksbühnen-Entscheidung einen Plan oder gar eine Vision verfolgen, bleibt abzuwarten. Fest steht: Einen Großteil der lebendigen und quirligen Kulturszene Berlins haben sie maximal vor den Kopf gestoßen.

MATTHIAS TANG

Am neuen Leiter der Volksbühne scheiden sich die Geister
Foto: Jon Åslund/
flickr CC BY 2.0

Bühnen: 56
Bühnenvorstellungen im
Jahr: circa 9.500
Museen (2009): 157
Filmtheater (2010): 247
Kulturetat 2015:
397,4 Millionen Euro
Anteil am Berliner
Gesamtetat: 1,8 Prozent

Ausgaben pro
EinwohnerIn im
Vergleich mit Hamburg:
Museen: HH: 19,23 Euro,
B: 16,85 Euro.
Theater HH: 30,19 Euro,
B: 29 Euro
Opern: HH 26,98,
B: 34,49 Euro

Quellen: www.berlin.de,
Berliner Morgenpost
15.08.2013

Konkrete Hilfe ist möglich

Lebendige Städtepartnerschaft mit Charkiw in der Ukraine

Über die Ukraine hören und lesen wir fast täglich – über das Kriegsgeschehen im Osten, über die verzweifelten Versuche der Diplomatie, den russischen Präsidenten Putin zum Einlenken zu bewegen, und die Not der Menschen vor Ort. Dass wir nicht ohnmächtig zuschauen müssen, sondern den Menschen in der Ukraine ganz konkret helfen können, zeigt die Partnerschaft der ukrainischen Stadt Charkiw mit dem Bezirk Steglitz-Zehlendorf. Oliver Schruoffenegger, MdB und ehrenamtlicher Geschäftsführer von partners osteuropa gGmbH, berichtet über seine Reisen in die Ukraine und die vielen Projekte, die die Städtepartnerschaft mit Leben füllen.

Zweimal war ich jetzt in den vergangenen sechs Monaten in Charkiw. Getroffen bin ich dort auf eine motivierte Zivilgesellschaft, auf Menschen, die das Leben in die Hand genommen haben und versuchen, den Staat von unten umzubauen. Beeindruckend sind ihre Energie und ihr Wille, die Ukraine nun endlich demokratisch zu gestalten. Das hat auch mich motiviert und schnell ist es gelungen, in Steglitz-Zehlendorf freie Träger und interessierte Personen zu finden, die zu aktiven Kooperationen bereit waren.

Nach vier Monaten Vorbereitung, vielen E-Mails und Skype-Gesprächen mit den ukrainischen PartnerInnen waren wir zu siebt im März für drei Tage in Charkiw. Unsere dortigen PartnerInnen hatten die Reise gut vorbereitet, und so konnten wir viele fruchtbare Gespräche führen. Alle Termine waren mit sehr konkreten Ideen und Vorstellungen über Kooperationen verbunden. Es ging nicht nur um die klassischen Nothilfeprojekte oder Besuchsprogramme zwischen Sportvereinen, Jugendeinrichtungen. Wir haben eine langfristige Entwicklungspartnerschaft ins Leben gerufen, bei der beide Seiten viel lernen können.

Rund 30 Projekte gestartet

➤ Gemeinsam mit dem Berliner Zirkusprojekt Cabuwazi holen wir in den Sommerferien 120 Flüchtlingskinder aus der Ukraine für jeweils zwei Wochen nach

Zehlendorf. Jeweils 40 von ihnen werden gemeinsam mit 20 Berliner Kindern trainieren. Das über das Training entwickelte neue Selbstwertgefühl und Selbstbewusstsein hilft ihnen hoffentlich, ihre Traumatisierungen zu verarbeiten. Für die Basisfinanzierung haben wir das Auswärtige Amt gewinnen können.

➤ Für ein Feriencamp ukrainischer Kinder in der Nähe von Charkiw suchen wir deutsche junge Erwachsene, die dort vier Stunden am Tag als BetreuerInnen mitarbeiten möchten und den Kindern unter anderem einen ersten Einstieg in die deutsche Sprache ermöglichen. Gleichzeitig werden sie die Region und viele interessante Projekte kennenlernen.

➤ Zwischen der Schulstation der zehnten Integrierten Sekundarschule Steglitz-Zehlendorf und der Boikov Schule in Charkiw entsteht gerade eine Partnerschaft.

➤ Ein Charkiwer Künstler wird sich im September für einen Monat in Berlin aufhalten, hier produzieren und am Ende ausstellen.

➤ Gemeinsam mit KuratorInnen aus Bulgarien und Polen wird eine Berliner Kuratorin insgesamt 3 Wochen mit ausgebildeten jungen KünstlerInnen aus Charkiw arbeiten und eine Ausstellung über junge Charkiwer Kunst kuratieren, die dann in den deutschen Wochen in Charkiw gezeigt

Die gemeinnützige GmbH partners osteuropa hat sich zum Ziel gesetzt, gemeinsam mit Partnern in der Ukraine Entwicklungspartnerschaften zu initiieren, zu beraten und zu unterstützen. Von der Partnersuche im jeweils anderen Land über die Projektentwicklung bis hin zur technischen, organisatorischen und finanziellen Unterstützung sollen bundesweit vergleichbare Kooperationen entwickelt werden.

Wer Interesse an einer aktiven Kooperation mit der Ukraine hat, ob als freier Träger, Kirchengemeinde oder Kreisverband, möge sich gerne melden:

schruoffenegger@partners-osteuropa.org

Trotz aller Förderprogramme ist diese Arbeit auf Spenden angewiesen: partners Osteuropa, Bank für Sozialwirtschaft, IBAN DE76 1002 0500 0003 1476 03

werden wird. Anschließend kann diese Ausstellung auch nach Deutschland kommen.

➤ Jeweils zwei junge Charkiwer KünstlerInnen werden ab Oktober jeweils für drei bis sechs Monate nach Steglitz-Zehlendorf kommen, um hier in Schulen und Jugendeinrichtungen Workshops und Projektwochen durchzuführen, in denen sie nicht nur ihre Kunstkenntnisse weitergeben, sondern auch über ihr Leben und die Ukraine informieren.

➤ Ein sehr großes Projekt ist die Kooperation mit der Kinderrehabilitationsklinik in Charkiw. Jeweils bis zu vier Mitarbeite-

rInnen der Klinik kommen für drei Monate nach Berlin und begleiten die Fachkräfte (PhysiotherapeutInnen) des Gesundheitsamtes bei der täglichen Arbeit. Ziel ist das Erlernen für die Ukraine neuer diagnostischer und therapeutischer Methoden. In einem zweiten Schritt soll es um die Möglichkeiten der Früherkennung gehen, die schon zur Zeit der Schwangerschaft ein therapeutisches Eingreifen ermöglicht, und als Drittes wird der Aufbau der ambulanten Versorgung unterstützt, damit die Kinder nach einer etwa sechsmonatigen Frührehabilitation aus der Klinik entlassen und in ihrer Wohngegend versorgt und therapiert werden

können. Das ganze Projekt ist über mehrere Jahre angelegt.

➤ Wir planen eine internationale Begegnung von Jugendlichen aus Polen, Lettland, Charkiw und Steglitz/Zehlendorf. Welche Wahrnehmung der eigenen Erinnerungskultur haben Jugendliche, wodurch unterscheidet sich die Erinnerungskultur in den verschiedenen Ländern? Dies soll dann von einem Fotowettbewerb in den vier Städten begleitet werden.

➤ Unser größtes Projekt könnte die energetische Sanierung der Charkiwer Oper als Leuchtturmprojekt für eine veränderte Energieversorgung werden. Hierzu

gibt es erste Gespräche mit der Berliner Energieagentur und anderen großen Partnerstrukturen.

All diese Projekte gehen auf private Initiativen zurück. In Steglitz-Zehlendorf gibt es dafür eine breite Unterstützung: Das Bezirksamt und die Kreisvorstände von Bündnis 90/Die Grünen und CDU wollen helfen, einzelne Ämter beteiligen sich aktiv. Die Grünen werben für einzelne Projekte an ihren Infoständen und im bezirklichen Stachel wird regelmäßig ein Artikel erscheinen. Wir können die Entwicklung von Demokratie und Menschenrechten beeinflussen – das wird durch diese Projekte unter Beweis gestellt.

OLIVER SCHRUOFFENEGGER, MdB



Das zerbombte Krankenhaus in Slaviansk/Ostukraine
Foto: Peter Koller

Die Schätzungen der Flüchtlingszahlen schwanken sehr. Offiziell gibt es über eine Million Binnenflüchtlinge, inoffiziell über drei Millionen. Die Steglitz-Zehlendorfer Partnerstadt Charkiw hat 1,43 Millionen Einwohner. Offiziell befinden sich dort zurzeit zusätzlich 165 000 Flüchtlinge, inoffiziell rund 400 000. 42 Universitäten und Hochschulen machen Charkiw zu einer sehr jungen, multikulturellen Stadt. In der Stadt wird – auch von den AktivistInnen der ukrainischen Revolution – überwiegend russisch gesprochen und das stellt im normalen Leben kein Problem dar.

Friedrichshain-Kreuzberg

Nackt und zerhackt

Sex und Kreuzberg. Für RedakteurInnen müssen die beiden Begriffe eine Traumkombination darstellen, nur noch vergleichbar mit den Fußballern Schürle und Götze bei der Weltmeisterschaft. Anders ist die mediale Aufregung zum Verbot sexistischer Werbung kaum zu erklären.

Kurz gesagt ging es uns Grünen – wie auch der SPD, der Linken und den Piraten – in der BVV darum, künftig sexistische Werbung auf den 28 Flächen in Bezirks-Eigentum zu verhindern. Keine große Sache eigentlich, Bremen, Ulm oder Freiburg arbeiten so seit zum Teil 20 Jahren.

Was aber an medialem Shit-Sturm über die Kreuzbergerinnen und Kreuzberger und da vor allem über die Grünen hereinbrach, ist ohne Vergleich:

„Typisch linker Tugendterror...“, „Wie die Taliban...“, „Klingt nach George Orwell, 1984“, „Das Bezirksamt Kreuzberg stigmatisiert Frauen als schwache Menschen und müsste, nach seinen eigenen Kriterien, verboten werden.“

Bemerkenswerter Weise haben sich mit dem Thema sexistische Werbung, die überwiegend Frauen betrifft, fast ausnahmslos Redakteure beschäftigt. Allen voran „Zeit“- und „Tagesspiegel“-Kolumnist Harald Martenstein, der sich des Themas – Stichwort damals „Taliban“, nun „Orwell“ – bereits 2014 angenommen hatte und auch dieser Tage noch mal.

Eine bemerkenswerte Ausnahme bekamen wir in der Berliner Zeitung zu lesen. Marcus Weingärtner (ja, wieder ein Mann!) schrieb dort eine sehr reflek-

Tempelhof-Schöneberg

Weiße FußgängerInnen



Tempelhofer Grüne machen mit weißen FußgängerInnen mobil für mehr Verkehrssicherheit
Foto: Grüne TS

tierte Analyse seiner eigenen Wahrnehmung von sexistischer, frauenverachtender Werbung und kam zum Schluss: „... warum sollte man Sexismus, Chauvinismus und Rassismus in allen Lebensbereichen sanktionieren, nur nicht in der Werbung?“ Und: „Die Werbeindustrie zementiert so vehement wie unbelehrbar ein muffiges Weltbild, welches sich in vielen Fällen seit den 50ern nicht mehr verändert hat.“

Erst am Tag nach der BVV-Abstimmung rief die erste – und einzige – Redakteurin in unserer Pressestelle an. Ausführlich sprach mein Mitarbeiter mit ihr über die Vorgeschichte, die Intention, die Auswirkungen. Erschienen ist von ihr bis heute keine Zeile.

MONIKA HERRMANN
BEZIRKSBUERGERMEISTERIN

Mit den vielerorts in der Stadt aufgestellten „Geisterrädern“ erinnert der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club ADFC schon seit langem an die im Verkehr getöteten RadlerInnen. Um auch das Schicksal getöteter Fußgängerinnen und Fußgänger stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rufen, startete unser Kreisverband nun die Aktion „Weiße FußgängerIn“.

Damm/Ecke Alt-Mariendorf die erste „Weiße Fußgängerin“ in Tempelhof-Schöneberg selbst auf. Dort war eine alte Dame von einem abbiegenden Lkw überfahren worden. Sie ist eine von 21 Fußgängerinnen und Fußgängern, die im letzten Jahr auf Berlins Straßen ums Leben gekommen sind, so viele wie schon lange nicht mehr.

Bereits im vergangenen Jahr hatten wir am Innsbrucker Platz einen Beinaheunfall- und Gefahrensituationenplan aufgestellt und sehr viele Rückmeldungen von Passantinnen und Passanten bekommen. Das Interessante daran: Beinaheunfälle zu Fuß oder auf dem Rad verlaufen fast alle ähnlich. Der Innsbrucker Platz ist jetzt das Thema einer Lehrveranstaltung der TU, aber für die Zukunft haben wir uns auch die anderen großen Plätze unseres Bezirks vorgenommen. Am 19. Juni, einen Tag vor dem Tag der Verkehrssicherheit, werden wir diese Aktion am Attilaplatz durchführen. Denn: Die Summe aller beinahe passierten Unfälle muss Maßstab für Veränderungen sein, nicht erst der tragische Tod von Menschen.

ANNABELLE WOLFSBURM

Mit der ersten weißen Fußgängerin zogen wir zusammen mit Stefan Gelbhaar, dem verkehrspolitischen Sprecher der grünen Abgeordnetenhausfraktion, in die Nähe des Ostkreuzes. Dort erinnerte die ca. ein Meter hohe Figur aus Polystyrol an eine Mutter, die im vergangenen Jahr an dieser Stelle ums Leben kam, als sie bei fußgängergrün die Straße überquerte und dabei von einem abbiegenden Auto übersehen wurde. Die Eltern der Getöteten, denen wir an der Unglücksstelle zufällig begegneten, zeigten sich von unserer Aktion überrascht als auch sehr angetan.

Am 4. März stellten wir dann unter großer Beachtung der Medien am Mariendorfer

Es zeigte sich: Durch die gemeinsame Arbeit von Menschen jeglichen Alters, sozialer Herkunft oder unterschiedlicher Kultur kann ein Miteinander entstehen, mit Freude und Spaß an der gemeinsamen Sache. Auch sprachliche Barrieren spielen plötzlich keine Rolle mehr.

DANIELA BILLIG, CATRIN FABRICIUS



Gemeinsames Gärtnern mit geflüchteten Kindern
Foto: Catrin Fabricius

Bezirks aufgebaut wurde. Aber auch unter diesen Bedingungen kann man den geflüchteten Menschen helfen. Nach einem „Tag der Offenen Tür“ bildete sich ein UnterstützerInnen-Kreis, der sich regelmäßig trifft, um ehrenamtliches Engagement zu koordinieren.

Kürzlich fand eine Pflanzaktion mit Kindern der Flüchtlingsunterkunft und SchülerInnen des Heinrich-Schliemann-Gymnasiums statt, bei der auch einige Eltern der Flüchtlingskinder mithalfen mit. Gemeinsam wurden Sonnenblumen, Wiesenblumen, Ringelblumen und auch Gemüsesorten wie Kürbisse, Petersilie und Schnittlauch gepflanzt.

In den Gemeinschaftshäusern soll es kleinere Wohneinheiten gebe – als Apartment für Einzelpersonen, Wohnungen für Familien oder als Wohngruppen. Hier können Geflüchtete auch zusammen mit anderen wie Studierenden wohnen.

Die Vorteile der kleineren Unterkünfte sind vielfältig. Sie ermöglichen leichter ein selbstbestimmtes Leben für die BewohnerInnen und eine schnellere Integration in die Nachbarschaft. Kosten für Wachschatz entfallen fast völlig.

Mit der Idee der dezentralen Unterbringung reagieren die Grünen in Pankow auf ein Containerdorf für fast 500 Personen, das im Norden des

Seit fast einem Jahr kommen immer mehr Geflüchtete nach Berlin. In Pankow leben derzeit 1879 AsylbewerberInnen an sieben Standorten. Der zuständige Senator hat die Neuankömmlinge erst ignoriert, um dann Tragflughallen und Containerdörfer als Lösung anzubieten.

Solange der Berliner Wohnungsmarkt nicht sofort bei der Ankunft Wohnungen für alle Neuankömmlinge bietet, muss es möglich sein, menschenwürdigen Wohnraum auch in Gemeinschaftsunterkünften zu schaffen. Wir haben in der BVV Pankow angestoßen, dass der Bezirk Grundstücke und Gebäude zur Verfügung stellt, die für den Aufbau von Gemeinschaftshäusern für höchstens 70 bis 120 Menschen geeignet sind.

Pankow

Geflüchtete menschenwürdig unterbringen



Spricht für sich selbst.
Grafik: Kalle Erlacher

Friedrichshain-Kreuzberg

Familienpolitik für den Bezirk

Friedrichshain-Kreuzberg ist der familienreichste Bezirk Berlins. Die grüne Familienpolitik seit 2006 im Bezirk zielt auf den kontinuierlichen Ausbau familienunterstützender und -fördernder Infrastruktur.

Im Vordergrund steht, Angebote für alle Familien vorzuhalten. Sie sollen so früh wie möglich stabilisiert und unterstützt, nicht erst notdürftig mit viel Geld repariert werden. Ein wichtiger niedrigschwelliger Baustein hierfür sind die inzwischen elf Familienzentren plus -treffpunkte mit ihrem breiten und für alle offenen Angebot. Dieses beinhaltet Familienberatung, aber auch zunehmend Mieten- und SchuldnerInnenberatung. Sie sind ein Ort, an dem sich Familien treffen und austauschen können. Es gibt vielfältige bezirkliche Angebote wie das FamilienServiceBüro „Be Family“, die Familienhebammen, Projekte wie regionale Bildungnetzwerke sowie die aufsuchende Elternhilfe, insbesondere die mehrsprachigen Angebote

„Griffbereit“ und „Rucksack“. Der Ausbau von Kitaplätzen erfolgt im Bezirk schon seit Jahren beständig, allein seit 2013 bis heute entstanden fast 900 neue Plätze.

Diese Entwicklung hat Monika Herrmann als Grüne Jugendstadträtin angesprochen und setzt sie kontinuierlich fort. Noch mehr Kitaplätze werden benötigt, denn bis 2020 werden fast 20 000 Kinder zwischen 0-6 Jahren in Friedrichshain-Kreuzberg wohnen, davon 60 % unter 3 Jahren. Die derzeitigen Kitaplätze sind zu fast 100 % ausgelastet, freie Kapazitäten sind kaum vorhanden. Durch die derzeit dennoch relativ gute Kita-Situation im Bezirk konnten 2014/15 fast 80 % der Mittel aus dem Kita- und Spielplatzsanierungsprogramm in die Sanierung der maroden Spielplätze fließen. Trotz kaum vorhandener freier Flächen im Bezirk für Neubau entsteht derzeit im Verbund mit Kita und Kinderfreizeiteinrichtung das Familienzentrum FuN (Familie und Nachbarschaft) neu – als regionales Bildungs-



netzwerk. Familienzentren als Orte der Begegnung zu stärken und auszubauen sollte nicht nur in Friedrichshain-Kreuzberg, sondern in ganz Berlin das Ziel sein.

MARIANNE BURKERT-EULITZ
SPRECHERIN FÜR KINDER,
JUGEND, FAMILIE UND SOZIALES

Eltern schaffen ein sicheres Umfeld für die Kinder – das Umfeld dafür schafft die Politik.
Foto: Tom Wang/Shutterstock

Lichtenberg

Meine Energiewende

Deine, meine... unsere Energiewende? Woher unser Land in Zukunft auf nachhaltige Weise seine Energie bezieht, geht uns alle an. Wir fragen auf dem diesjährigen Solaren Sonnabend: Was kann jeder Einzelne von uns zur Abkehr von fossilen Energieträgern beitragen – und was bringt die Energiewende jeder/jedem Einzelnen ganz konkret?

Inzwischen etabliert an der Rummelsburger Bucht: Der Solare Sonnabend
Foto: Grüne Berlin

Unter dem Motto „Meine Energiewende“ werden wir am 11. Juli 2015 an der Rummelsburger Bucht (Bolleufer) von 14 bis 18 Uhr reden, feiern, essen, diskutieren und so insgesamt einen Vorgeschmack auf eine hoffentlich sonnige Zukunft genießen!

Der Solare Sonnabend (kurz „SolSo“) wird von Bündnis 90/Die Grünen Berlin Lichtenberg seit 2006 mit Erfolg organisiert. Das sommerliche Fest für Familien, Sonnen- und Solarbegeisterte ist so bereits zu einem Aushängeschild unseres Bezirks

ÖPNV attraktiv machen

Tram-Tangente Mahlsdorf-Adlershof

Der Ausbau des Nahverkehrs auch außerhalb des S-Bahn-Rings steht für Bündnis 90/Die Grünen auf der Agenda. Im Mahlsdorf blockieren sich SPD und CDU in Senat und Bezirksamt seit Jahren gegenseitig bei der Verbesserung der Verkehrssituation. Die Folge ist, dass die Qualität des Angebots hinter den Anforderungen des Nahverkehrsplans zurück bleibt.

Wir fordern die Aufwertung dieses Angebotes. Die sogenannte Tram-Tangente Mahlsdorf-Adlershof ist entscheidend für eine kundenfreundliche Nord-Süd-Verbindung im Osten Berlins und hat großes Potential, zusätzliche Fahrgäste zu gewinnen. Daher unterstützen wir die Pläne der BVG, für Verbesserungen zu sorgen: Ab Dezember 2015 soll die Linie 63 vom Wista-Gelände in Adlershof nach Mahlsdorf-Süd verlängert werden. Die Linie 60 führt dafür von Friedrichshagen nach Johannisthal. Über die Linie 61 besteht eine direkte Verbindung von Friedrichshagen nach Adlershof. Mit der 61 und 63

gelangt man gut via S-Bahnhof Adlershof zum künftigen BER.

Außerdem soll zudem die Linie 63 bis zur Rahnsdorfer Straße verlängert werden. Damit wird ein verlässlicher Zehn-Minuten-Takt zwischen Mahlsdorf und Köpenick und Adlershof geschaffen. Zusätzlich setzen wir uns dafür ein, den Zehn-Minuten-Takt bis zum S-Bahnhof Mahlsdorf zu verlängern. Hierfür hat die BVG eine praktikable Lösung erarbeitet, deren Umsetzung bereits ab 2018 möglich ist.

Die mit dem Bau des Regionalbahnhofes geplante Verlegung der Tram-Haltestelle unter die S-Bahn-Brücke in Mahlsdorf bietet künftig eine verbesserte Umstiegsmöglichkeit zur S- und Regional-Bahn. Wir erwarten vom Senat, sowohl die BVG bei ihrem pragmatischen Lösungsansatz für einen durchgehenden Zehn-Minuten-Takt zu unterstützen, als auch endlich mit dem Bezirk eine Lösung für die Verlegung der Tram-Haltestelle unter die Bahnbrücke zu finden. Die bisherige Blockade muss endlich aufgebrochen werden.



Kommen bald mehr Trams nach Berlin?
Foto: Magadan/Wikimedia CC BY SA 3.0

Perspektivisch gehört der Netzschluss zwischen den Endhaltestellen in Mahlsdorf und Hellersdorf auf die politische Agenda. Außerdem muss dem ÖPNV rund um den S-Bahnhof Köpenick endlich Vorrang eingeräumt werden.

Mit diesen Maßnahmen entsteht ein attraktives ÖPNV-Angebot als Alternative zum Auto – auch außerhalb des S-Bahn-Rings.

STEFAN ZILLER UND HARALD MORITZ
VERKEHRSPOLITISCHER SPRECHER

und zu einem Termin geworden, mit dem man rechnet. Mehrere Hundert BesucherInnen hatten bisher jedes Jahr ihre Freude an der entspannten Mischung aus Bühnenprogramm, leckerem Essen, Kinderspaß und Informationsständen zu dem weiten Feld der neuen Energiepolitik. Das Bühnenprogramm wird von prominenten VertreterInnen der Partei unterstützt und garantiert so einen unterhaltenden und informativen Tag.

Auch dieses Jahr steht am Ende des Fests das „Chillen &

Grillen“ – wir geben so den AnwohnerInnen aus dem Kiez, aber auch Mitgliedern anderer grüner Kreisverbände einen gemütlichen Rahmen, um sich kennenzulernen und zusammen einen warmen Sommerabend ausklingen zu lassen. Ihr seid alle herzlich eingeladen!

Mehr Infos auch zur aktuellen Vorbereitung des Solaren Sonnabends findet Ihr unter: gruene-lichtenberg.de/solso

FREDERIKE STRUNK
BEISITZERIN IM VORSTAND DES KREISVERBANDES UND AKTIV IN DER AG SOLSO

**ACHTUNG,
ACHTUNG!**
WIR SIND UMGEZOGEN

Bündnis 90/Die Grünen
Berlin Lichtenberg
Münsterlandstraße 33
10317 Lichtenberg

größer.
schöner.
besser.

Lichtenberg.

Grüner Gesundheitsberufetag

Für eine Roadmap Gesundheitsbildung

Beim ersten Berliner Gesundheitsberufetag der Grünen Fraktion im Abgeordnetenhaus diskutierten am 17. und 18. April rund 300 Gäste der unterschiedlichen Berufsgruppen unter dem Motto „Gemeinsam für ein gesundes Berlin“. Eines der zentralen Ergebnisse: Wir brauchen eine Roadmap für Gesundheitsbildung.

Angesichts des drohenden Fachkräftemangels und erhöhten Bedarfs kann eine bedarfsgerechte Versorgung nur interprofessionell erfolgen. In einem durch Macht, Status und Hierarchien geprägten Gesundheitswesen stoßen Bemühungen um interprofessionelles Arbeiten aber schnell an Grenzen: Der größte Feind der Interprofessionalität ist der Berufsalltag mit hoher Arbeitsbelastung und festgefahrenen Routinen. Viele Beschäftigte im Gesundheitswesen sind frustriert und ausgebrannt oder geben ihren Beruf ganz auf. Deutschland hinkt in der interprofessionellen Versorgung meilenweit hinterher und dabei fordern alle ExpertInnengutachten gemeinsame Versorgung und Ausbildung.

Es ist falsch anzunehmen, dass nur mehr Medizin mehr Gesundheit schafft. Der Schwerpunkt im Gesundheitswesen muss mehr der Prävention und gesellschaftlichen Teilhabe gelten. Eine Pflegekammer könnte ein wichtiger Schritt sein, damit auch die VertreterInnen der Pflege- und Therapieberufe sichtbarer werden.

Ein Mangel des deutschen Gesundheitssystems ist seine ausgeprägte Segmentierung. Der Schlüssel, um sich darin zurecht zu finden, liegt in der Interprofessionalität und in der Notwendigkeit, über den eigenen Tellerrand zu blicken. Nur so lässt sich mehr über die Kompetenzen, die Talente und den Handlungsrahmen der anderen Berufsgruppen erfahren.

Interprofessionalität in der Versorgung zu verankern geht nur durch Bildung; Interprofessionalität in der Ausbildung zu verankern geht nur, wenn dies sich auch in der beruflichen Realität widerspiegelt. Die Bundesländer müssen sich in die Diskussion um die Qualifizierung der Gesundheitsberufe verstärkt einbringen.



Der Markt der Möglichkeiten beim Gesundheitsberufetag
Foto: Grüne Fraktion/
Eugen Friesen

Denn Bildung verändert auch im Gesundheitswesen alles.

Eine Dokumentation der Tagung gibt es unter www.gesundheitsberufetag.de.
HEIKO THOMAS
GESUNDHEITSPOLITISCHER SPRECHER

Umweltschutz

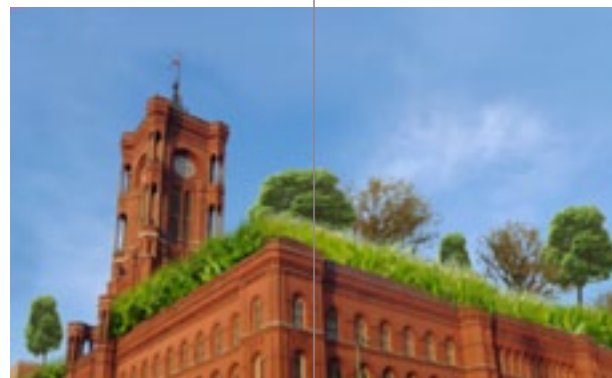
1000 grüne Dächer für Berlin

Auf den Dächern Berlins schlummert ein ungenutztes Potenzial für den Umweltschutz. Denn auf zahlreichen Gebäuden könnte statt Einheitsgrau oder roten Ziegeln auch ein sattes Grün wuchern. Dachbegrünung ist kein Thema für Naturverliebte. Sie ist notwendig, wenn wir eines der größten Umweltprobleme – die in die Spree überlaufende Kanalisation – in unserer Stadt in den Griff

bekommen wollen. Nebenbei erschließen wir neue Freiräume für Naherholung und stärken die „Grüne Lunge“ unserer Stadt.

Kaum zu glauben: In Berlin fließen heute noch ungeklärte Abwässer in die Spree. Bis zu 40 Mal im Jahr werden Fäkalien, die Hinterlassenschaften von Straßen und Gehwegen und sonstiger Mist in großen Mengen in die Spree geschwemmt.

Die Kanalisation ist für diese Wassermassen nicht ausgelegt. Die Berliner Mischwasserkanalisation, in der Abwasser und Regenwasser zusammenfließen, ist mit dem immer öfter auftretenden Starkregen überfordert, was dann zu Lasten der Spree und unserer Umwelt geht. Die Folgen sind direkt spürbar: Der morgendliche Gestank am Landwehrkanal nach einem Gewitter, Fischsterben im Tel-



lowkanal oder das Badeverbot in der Spree sind alles Folgen der überlaufenden Kanalisation. Dabei sollte doch klar sein: Die Spree darf nicht länger als verlängerte Kanalisation dienen.

Wie klappt das? Indem man den sauberen Regen da nutzt,

Collage des Roten Rathauses mit begrüntem Dach
Foto: Reinhard Link/flickr

wo er anfällt, und so verhindert, dass er erst in die Kanalisation kommt und dann verschmutzt in die Spree fließt. Das nennt sich „dezentrales Regenwassermanagement“. Ein Baustein ist dabei Dachbegrünung. Ein begrüntes Dach kann 60 % des Regenwassers zurückhalten und damit diese Umweltsauerei deutlich reduzieren. Geeignete Dachflächen gibt es in der Stadt genug, positive Praxisbeispiele

auch. Was fehlt, ist eine Landesstrategie, die Gründächer in die Fläche trägt. Wir haben als Grüne Fraktion einen Antrag ins Abgeordnetenhaus eingebracht, um so eine Gründachstrategie für das Land zu entwickeln und umzusetzen. Das erste Ziel sind 1000 grüne Dächer für mehr Umweltschutz.

SILKE GEBEL
UMWELTPOLITISCHE SPRECHERIN

Quo vadis Flughafengebäude Tempelhof?

Neue Nutzung als Kulturhafen!

Mitten in unserer Stadt liegt ein riesiges ungeschliffenes Juwel: Das ehemalige Flughafengebäude ist seit der Schließung des Flughafens Tempelhof in großen Teilen ungenutzt oder sanierungsbedürftig und bietet potentiellen NutzerInnen viele Schwierigkeiten. Diese Herausforderungen können wir aber meistern, indem wir unsere kreativen Köpfe an der Gestaltung und Nutzung beteiligen.

Denn bis dato fehlt es an einer öffentlichen Debatte und einem schlüssigen Nutzungskonzept von Seiten des Senats. Derzeit werden Gebäude und Vorfeld lediglich punktuell durch Events bespielt, teilweise sind Büroflächen vermietet. Aber ein Gesamtkonzept fehlt. So erwirtschaftet das Gebäude zu wenig Einnahmen und damit wiederum fehlt Geld für eine Sanierung, die nötig wäre, um mehr Räume zu vermieten.

Wir wollen, dass sich das ändert, dass aus dem ehemaligen Flughafen Tempelhof ein Kulturhafen Tempelhof wird. Dieser soll voll saniert werden und ein abgestimmtes Nutzungskonzept als Kultur- und Krea-



Die leeren Hallen des ehemaligen Flughafens bieten große Potentiale für die Kultur Berlins.
Foto: Grüne Fraktion im Abgeordnetenhaus

tivhub verfolgen. Denn das Gebäude gehört der Stadt, die hier Raum für Nutzungen schaffen könnte, die vom aktuell angespannten Immobilienmarkt bedrängt werden. Es kann als Kulturhafen und Kreativhub einer Vielzahl von Nutzungen Raum bieten: Ausstellungen, Bildungsprojekte, kleine Produktionen oder Eventnutzung.

Deshalb muss das Nutzungs- und Sanierungskonzept schnell und zielführend umgesetzt werden. Hierbei sollen mögliche zukünftige NutzerInnen, AnwohnerInnen und InteressenvertreterInnen aus Kultur und Wirtschaft miteinbezogen

werden. Eine Öffnung der Haupthalle als neuer Zugang zum Tempelhofer Feld und als ansprechender, geschichtstragender Aufenthaltsort kann auch in naher Zukunft das Gebäude der Bevölkerung zugänglich machen.

Für die Zukunft des Tempelhofer Flughafengebäudes sind eine solide Finanzplanung und das Engagement von Menschen mit schönen, interessanten und spannenden Ideen gefordert. In einem Kulturhafen Tempelhof könnten sie einen wichtigen Ort unserer Stadt mitgestalten.

ANTJE KAPEK
STADTENTWICKLUNGSPOLITISCHE SPRECHERIN

Lokale AnsprechpartnerInnen

Reinickendorf
Brunowstr. 49, 13507 Berlin
Tel.: 80926899 – Fax: 902942191
kreisverband@gruene-reinickendorf.de
www.gruene-reinickendorf.de

Mitte
Malplaquetstr. 7, 13347 Berlin
Tel.: 54468299
mitte@gruene-berlin.de
www.gruene-mitte.de

Spandau
Jagowstr. 15, 13585 Berlin
Tel.: 3359714 – Fax: 3360273
alspandau@freenet.de
www.alspandau.de

Charlottenburg-Wilmersdorf
Wilmersdorfer Str. 60/61
10627 Berlin
Tel.: 86423300 – Fax: 31808128
kv@gruene-cw.de
www.gruene-cw.de

Steglitz-Zehlendorf
Berliner Str. 57, 14169 Berlin
Tel.: 85074153 – Fax: 85074154
kreisverband@gruene-suedwest.de
www.gruene-suedwest.de

Pankow
Pappelallee 82, 10437 Berlin
Tel.: 50180339
buero@gruene-pankow.de
www.gruene-pankow.de

Landesgeschäftsstelle
Kommandantenstr. 80, 10117 Berlin
Tel.: 615005-0 – Fax: 615005-99
Mo-Do 10:00-17:00, Fr 10:00-14:00
info@gruene-berlin.de
www.gruene-berlin.de

Lichtenberg
Münsterlandstraße 33, 10317 Berlin
Tel.: 32534239 – Fax: 40036820
buero@gruene-lichtenberg.de
www.gruene-lichtenberg.de

Marzahn-Hellersdorf
Alt-Biesdorf 62, 12683 Berlin
Tel.: 5414019 – Fax: 70248895
info@gruenemarzahnellersdorf.de
www.gruenemarzahnellersdorf.de

Friedrichshain-Kreuzberg
Dresdener Str. 10, 10999 Berlin
Tel.: 6143146 – Fax: 6143142
info@gruene-xhain.de
www.gruene-xhain.de

Tempelhof-Schöneberg
Fritz-Reuter-Str. 1
10827 Berlin
Tel.: 53604146
kiezbuero@gruene-ts.de
www.gruene-ts.de

Neukölln
Berthelsdorfer Str. 9, 12043 Berlin
Tel.: 67120812 – Fax: 67120811
info@gruene-neukoelln.de
www.gruene-neukoelln.de

Treptow-Köpenick
Schnellerstr. 23, 12439 Berlin
Tel.: 65494230
treptow-koepenick@gruene-berlin.de
www.gruene-treptow-koepenick.de

IMPRESSUM
2/2015, 37. Jg. Nr. 193
Herausgeber
Bündnis 90/Die Grünen Berlin
Redaktionsanschrift
Tel: +49 30 61 5005-0 (LGS),
Kommandantenstr. 80, 10117 Berlin
Auflage 5 000
Redaktion
Annette Heppel, Annemarie
Klimke, Detlef Fritz (-tz, df),
Matthias Tang (V.i.S.d.P.)
Layout
Kalle Erlacher
Druck
Dierichs Druck+Media
(100 % Recyclingpapier)
Redaktionsschluss 02. Juni 2015
Leserbriefe bitte per Email senden an:
stachlige-argumente@gruene-berlin.de
Die einzelnen Beiträge der AutorInnen
geben die Meinung der jeweiligen Ver-
fasserInnen wieder und nicht notwendi-
gerweise die der Redaktion.
Dieser Ausgabe liegt ein Flyer der
Heinrich-Böll-Stiftung bei.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Folgende Stellen sind zu besetzen:

- › Trommlerinnen / Trommler
 - › Shakerinnen / Shaker
 - › Tambourinetten & Agogo-
spielerinnen und -spieler
 - › Snare- bzw. Caixaspielerinnen und -spieler
 - › Repinique- und Surdospielerinnen
und -spieler
- * Entgeltgruppe FL (FL = für lau)

Aufgaben:

Trommeln auf Demonstrationen und
kulturellen Aktionen im Berliner Raum,
die die politischen Ideen und Ziele
von B90/Die Grünen unterstützen.

Anforderungen:

- › Lust & Spaß am Musikmachen
- › regelmäßige Teilnahme an der wö-
chentlichen Probe (montags, 18:30 Uhr)
- › Parteizugehörigkeit wird nicht vor-
ausgesetzt, aber Identifikation ist nötig



Wir bieten:

- › kostenfreie Nutzung der Instrumente
- › kostenfreie Proben
- › professionelle Anleitung von einem
brasilianischen Percussionisten
- › zusätzliche Teilnahmemöglichkeit
an kulturellen Events z.B. Karneval der
Kulturen, Berlin Marathon, Stadt- und
Dorffeste in Berlin & Brandenburg

Wir spielen Samba und sprechen
deutsch, englisch, französisch, italienisch
und portugiesisch.

Bewerberinnen und Bewerber besu-
chen uns am besten auf der nächsten
Probe oder einer unserer Aktionen.

Ausführliche Informationen un-
ter www.green-igelz.de oder un-
ter [facebook.com/GreenIgelz](https://www.facebook.com/GreenIgelz)

Inhaltliche AnsprechpartnerInnen

Bildung
14tägig mittwochs um 19:30 im AGH*
Stefanie Remlinger, Torsten Wischnewski
stefanie.remlinger@gruene-fraktion-berlin.de
torsten.wischnewski@gruene-pankow.de

Bio- und Gentechnik
jeden 2. Montag im Monat um 19:30 im
Grünen Igel-Büro, Dresdener Str. 10
Eric Meyer
eric_meyer_m.sc@hotmail.de

Bündnisgrüne ChristInnen
jeden 3. Donnerstag im Monat um
19:15, Kreisgeschäftsstelle Pankow,
Pappelallee 82 oder im AGH*
Alexander Barthele
lag.christinnen@gruene-berlin.de

Demokratische Rechte
14tägig montags um 19:30 im AGH*
Daniela Ehlers, Lutz Birkholz
demrecht@gruene-berlin.de

Drogenpolitik
jeden dritten Mittwoch im Monat 20 Uhr
im Grünen Igel-Büro, Dresdener Str. 10
Silke Kolwitz, Tibor Harrach
lag.drogenpolitik@gruene-berlin.de

Energie Brandenburg Berlin
jeden 4. Mittwoch im Monat um 18:30,
Ort bitte erfragen
Marion Hasper
marion.hasper@gruene-berlin.de

Europa Berlin Brandenburg
14tägig montags um 19:00 im AGH*
Sibylle Steffan, Jakob Höber
lag-europa@gruene-berlin.de

Frauen- & Geschlechterpolitik
jeden 3. Mittwoch im Monat, 19:00, LGS
Bahar Haghanipour, Stefanie Klank
lag.frauen@gruene-berlin.de

Frieden & Internationales
monatlich montags, 19:00, LGS
Andreas von Brandt, Irina Dettmann
irina.dettmann@gruene-berlin.de

Gesundheit & Soziales
Termine bitte erfragen, jeweils von
19:00 bis 21:00 im AGH*
Wolfgang Schmidt, Michael Haberkorn
wolfgang.schmidt@gruene-berlin.de
michael.haberkorn@gruene-berlin.de

Kultur
jeden 3. Mittwoch im Monat und in
unregelmäßigen Abständen „Kultur von
Tour“, Ort und Zeit bitte erfragen.
Antonia Simon, Friederike Landau
antoniason@gmx.de
friederike_landau@web.de

Medien
an jedem 4. Mttwoch im Monat um
19:30 im AGH*
Uta Belkuis, Angelo D’Angelico
uta.belkuis@gruene-berlin.de
ada@gruene-berlin.de

Migration
jeden 4. Donnerstag im Monat im AGH*
Filiz Keküllüoglu, Timon Perabo
migration@gruene-berlin.de

Mobilität
jeden 1. Mittwoch im Monat, Ort und
Termin bitte erfragen
Theresa Theune, Martin Kasztantowicz
lag-mobilitaet@gruene-berlin.de

Netzpolitik
1. oder 2. Donnerstag im Monat,
Ort und Termin siehe Webseite
Nina Keim, Thomas Lange
netzpolitik@gruene-berlin.de

**Planen, Bauen, Wohnen,
Stadtentwicklung**
i.d. Regel am 2. Mittwoch im Monat
um 18:00 im AGH*
Julia Gerometta, Martin Reents
lag-bauen@gruene-berlin.de

QueerGrün
jeden letzten Mittwoch im Monat
um 19:00 im Kiezbüro Tempelhof-
Schöneberg, Fritz-Reuter-Str. 1
Maria Meisterer, Ulli Reichardt
queer@gruene-berlin.de

Säkulare Grüne
jeden ersten Mittwoch im Monat
um 19:00 im Kiezbüro Tempelhof-
Schöneberg, Fritz-Reuter-Str. 1
Jürgen Roth, Gudrun Pannier
juergenroth@t-online.de
g.pannier@pannier-schulungen.de

Umwelt
jeden 3. Montag im Monat, 19:00 im AGH*
Marion Hasper
marion.hasper@gruene-berlin.de

Wirtschaft & Finanzen
14tägig donnerstags, 19:00 in der
Bundesgeschäftsstelle, Am Neuen Tor 1
Wolfgang Remmers, Eleonore Bausch
lag-wirtschaft@gruene-berlin.de

Wissenschaft
jeden 1. Mittwoch im Monat
um 18:30 im AGH*
Eva Marie Plonske, Michael Greiner
eva.plonske@gruene-berlin.de
michael.greiner@gruene-berlin.de

Grüne Jugend Berlin
jeden Montag ab 19:00 in der
Dirschauer Str. 13 in Friedrichshain
Emma Sammet, Christoph Husemann
info@gruene-jugend-berlin.de
www.gj-berlin.de

AG Aktiv gegen Rechts
jeden 3. Mittwoch im Monat
um 19:30, Ort bitte erfragen
Carola Scheibe-Köster, Daniel Gollasch
carola.scheibe-koester@gruene-neukoelln.de
daniel.gollasch@gruene-berlin.de

GewerkschaftsGrün
jeden 2. Donnerstag im Monat, 19:00
Geschäftsstelle von Bündnis 90/Die
Grünen Neukölln, Berthelsdorfer Str. 9
Angelika Höhne
info@gewerkschaftsgruen-berlin.de

AK Grundsicherung/Grundeinkommen
i.d.Regel 3. Mittwoch im Monat
um 19:00 im AGH*
Joachim Behncke
ak-grundsicherung@gruene-berlin.de

AG Sport
jeden 3. Mittwoch im Monat 18:00 im AGH*
Anja Schillhaneck
anja.schillhaneck@gruene-fraktion-berlin.de

AG Tierschutzpolitik
alle 2 Monate am letzten Mittwoch im
Monat um 19:00 im AGH*
Christina Soehner
christina.soechner@gmx.de

AG Verbraucherschutz
Ort und Zeit bitte erfragen
Turgut Altug
turgut.altug@gruene-fraktion-berlin.de

* Abgeordnetenhaus von Berlin,
Niederkirchner Str. 5

Termine

- 18.06. – 19:00 Uhr
Abgeordnetenhaus Berlin
**Treffen der LAG bünd-
nisgrüner ChristInnen**
- 22.06. – 19:30 Uhr
Transparenzgesetz, das
**Update des Informati-
onsfreiheitsgesetzes**
- 23.06. – 19:30 Uhr
Bezirksgruppe KV
Friedrichshain-Kreuzberg
**Thema: Monika
Herrmann beant-
wortet Fragen**
- 23.06. – 19:30 Uhr
Bezirksgruppe KV
Tempelhof-Schöneberg
**Stadtentwicklungs-
politik in Tempelhof-
Schöneberg**
- 24.06. – 19:00 Uhr
Kiezbüro Tempelhof-
Schöneberg
**Juni-Sitzung von
QueerGrün**
- 27.06. – 14:00 Uhr
S-Bahnhof Lichterfelde Süd
Berliner Mauerstreifzüge
- 01.07. – 18:30 Uhr
Abgeordnetenhaus Berlin
**Sitzung der LAG
Wissenschaft:
Studentische Hilfskräfte**
- 03.07. – 18:00 Uhr
Landesgeschäftsstelle
Landesparteirat (LPR)
- 04.07. – 10:00 Uhr
GLS Campus Berlin
**Grüner Elternkongress
2015 - Was brauchen
Familien in Berlin?**
- 11.07. – 14:00 Uhr
Potsdam Hauptbahnhof
Berliner Mauerstreifzüge
- 15.07. – 20:00 Uhr
Igelbau Grüne Kreuzberg
**Treffen der LAG
Drogenpolitik**

